

Protokoll

**Landesdelegiertenkonferenz
und
außerordentlicher Landesparteitag**

**am 2. Februar 1980
in Bochum, Ruhrlanahalle**

SPD
NRW '80



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Landesdelegiertenkonferenz	
1. Eröffnung und Begrüßung	5 – 9
2. Beschlußfassung über	
a) die Tagesordnung	13
b) Die Geschäftsordnung	13
3. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz	17
4. Rede Johannes Rau	21 – 27
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission	31
6. Beschlußfassung über die Landesreserveliste	35 – 37
7. Rede Helmut Schmidt	41 – 48
Außerordentlicher Landesparteitag	
1. Eröffnung und Begrüßung	53
2. Konstituierung des außerordentlichen Landesparteitages	55
3. Beschlußfassung über	
a) die Tagesordnung	59
b) die Geschäftsordnung	59
4. Beratung und Beschlußfassung zum Landtagswahlprogramm	63 – 74
5. Schlußwort	77
Anhang	
Unser Programm für die 80er Jahre	83 – 100

1. Eröffnung und Begrüßung

Eröffnung und Begrüßung durch den stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Christoph Zöpel

„Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dieser Landesdelegiertenkonferenz und am heutigen Nachmittag mit dem außerordentlichen Landesparteitag beenden die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen die Vorbereitung auf die Wahlen am 11. Mai, und sie beginnen mit der aktiven Wahlauseinandersetzung.

Diese Landtagswahl bei uns, dann im Oktober die Bundestagswahl, sind bestimmt von den Fragen, wie den Herausforderungen der 80er Jahre begegnet werden kann. Wir haben Herausforderungen bei uns im Innern, und wir haben seit einigen Wochen bedrückende Herausforderungen, die durch die weltpolitischen Veränderungen auf uns zugekommen sind.

Die große Herausforderung im Innern ist, wie bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum in diesem Jahrzehnt die Arbeitslosigkeit weiter abgebaut und eine Million zusätzlicher deutscher Arbeitskräfte in das Berufsleben integriert werden kann.

Die Herausforderung, die aus der Weltpolitik auf uns zukommt, die uns seit einigen Wochen tief bedrückt, ist der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan. Er verlangt von der Bundesrepublik, von der Bundesregierung ein besonnenes Handeln, er verlangt, daß wir eine Bundesregierung haben, die in ihrem Handlungsspielraum nicht gestört wird durch kurzfristige Manöver der Opposition, sei es im Bundestag und – das geht uns in Nordrhein-Westfalen an –, sei es im Bundesrat. Um diese Themen wird es heute gehen, und der Landesvorstand begrüßt alle Delegierten, die hierher gekommen sind. Er freut sich aber, daß auch so viele Gäste heute bei uns sind.

Ich danke Heinz Eikelbeck, dem Oberbürgermeister der Stadt Bochum, und Herbert Jahofer, dem Bochumer Oberstadtdirektor, für ihre Gastfreundschaft, die sie uns zum Teil gestern schon erwiesen haben und uns heute erweisen, und in diesen Dank schließe ich Georg Aigner, den Vorsitzenden des gastgebenden Unterbezirks, ein.

Ich begrüße die hier anwesenden Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen, die Bundestagsabgeordneten aus diesem Lande und erstmals die Mitglieder des Europäischen Parlaments auf dieser Landesdelegiertenkonferenz, soweit sie nicht Delegierte sind.

Mein Gruß gilt einem ehemaligen Kabinettsmitglied, Fritz Holthoff. Er gilt den Mitgliedern der Landesregierung und den Staatssekretären der Landesregierung, soweit sie nicht Delegierte sind, und den Regierungspräsidenten von Arnsberg und Köln.

Mein Gruß gilt dem parlamentarischen Staatssekretär Erwin Stahl. Vom Parteivorstand heiße ich besonders willkommen die Staatssekretärin Anke Fuchs. Fritz Halstenberg wird im Laufe des Tages zu uns stoßen.

Ich begrüße besonders Heinz Oskar Vetter und Siegfried Bleicher, die Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Lieber Siegfried, viele werden erwarten, daß ich mit Deiner Begrüßung einige Bemerkungen verbinde, und ich will das tun. Ich glaube, daß wir uns einig sind, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen wissen, was sie aneinander haben. Sie sind näher zusammengekommen durch Attacken unter dem Stichwort Filz, die wir vor allem bei der letzten Bundestagswahl erlebten, und sie lassen sich auch heute nicht trennen durch Krokodilstränen bei angeblichen Meinungsverschiedenheiten. Wir wissen, daß Sozialdemokraten nicht der verlängerte Arm der Gewerkschaften und

die Gewerkschaften nicht der verlängerte Arm der Sozialdemokratie sind.

Aber wir gehen ehrlich miteinander um, und dies will ich mit den Worten ausdrücken, die Du, Siegfried, selbst gewählt hast: „Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben u. a. eine Gemeinsamkeit: Sie sagen offen und ehrlich – auch in der Öffentlichkeit – ihre Meinung. Dies wird von anderen politischen Kräften als Schwäche ausgelegt.“ Ich glaube, und Du wohl auch, daß dies aber keine Schwäche ist.

Ich danke der Vorsitzenden der GEW, Ilse Brusis, und dem Vertreter des DAG-Landesverbandes, Karl-Eugen Becker, für ihr Kommen.

Von den Kommunalverbänden begrüße ich den Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Herbert Neseker.

Ein ganz besonderer Gast ist der Begründer unserer Partnerschaft mit der Israelischen Arbeiterpartei im Bezirk Tel Aviv, der heutige Vorsitzende der Histadrut, unser Genosse Dov Ben Meir. Herzlich willkommen!

Ich begrüße die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften, Ausschüsse und Arbeitskreise beim Landesvorstand sowie die anwesenden Bezirks- und Unterbezirksgeschäftsführer. Und natürlich freuen wir uns, daß heute die Damen und Herren von der Presse, Rundfunk und Fernsehen so zahlreich vertreten sind. Auch sie schließe ich in meinen Gruß mit ein.

Die nordrhein-westfälische SPD ist mit dieser Landesdelegiertenkonferenz wieder in das Ruhrgebiet gegangen; dieses Mal nach Bochum. Viele werden wissen, daß ich mit dieser Stadt politisch besonders eng verbunden bin und deshalb will ich einiges, was für die Auseinandersetzungen in den nächsten Wochen wichtig ist, am Beispiel dieser Stadt verdeutlichen.

Bochum hat als erste Stadt die ganzen Schwierigkeiten des Rückgangs der deutschen Steinkohle erleben müssen und ihre Zechen sind gestorben. Allerdings kann ich hinzufügen, daß die IG Bergbau uns mit ihrem Hauptsitz treu geblieben ist. Bochum hat auch als erste Stadt des Ruhrgebiets eine Universität erhalten mit all den sozialen und politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die das mit sich bringt. Aber wir sollten festhalten: Erst mit den Universitäten im Ruhrgebiet konnten die Entscheidungen Kaiser Wilhelms und seiner Nachfolger korrigiert werden, die den Arbeiter ganz bewußt von jeder Bildung ausschließen wollten. Das dies heute anders ist, daß in Nordrhein-Westfalen mehr Arbeiterkinder studieren können als in jedem anderen Bundesland, haben wir ganz besonders unserem langjährigen Wissenschaftsminister, unserem Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Johannes Rau zu verdanken.

In Bochum hat auch ein Mann versucht, politisches Profil zu gewinnen, der jetzt, so hat man manchmal den Eindruck, in sein zumindest vorletztes Gefecht zieht; in Bochum nämlich kandidiert er schon gar nicht mehr: ich meine Kurt Biedenkopf. Und weil wir hier in Bochum sind, kann man, so glaube ich, an seiner politischen Haltung und an seinen politischen Aussagen deutlich machen, wozu es in der ganzen Breite ihrer Politik Sozialdemokraten in diesem Wahlkampf geht.

Kurt Biedenkopf hat während des Kommunalwahlkampfes demonstriert. Er hat demonstriert gegen ein Kunstwerk, die bundesweit

bekannte Plastik von Richard Serra. Wer dies hört, daß gegen Kunstwerke demonstriert wird, dem müssen sofort Erinnerungen ins Gedächtnis kommen an frühere Ereignisse in unserer Geschichte, wo gegen Kunstwerke und andere Ergebnisse des Geistes demonstriert wurde.

Demonstrationen gegen Kunst erzeugen ein sozial-psychologisches Klima der Intoleranz und Anti-Liberalität. Wir in Bochum sind Reimut Jochimsen dankbar, daß er das auch gerade vor drei Tagen hier nachdrücklich ausgeführt hat. Wenn ich sage, dies schafft ein sozial-psychologisches Klima der Intoleranz und Anti-Liberalität, so muß man feststellen, daß die Saat einer solchen Demonstration schneller aufgegangen ist, als man befürchten mußte. In der vergangenen Woche hat in Bochum ein anderes Objekt moderner Kunst gebrannt, es ist von Unbekannten angezündet worden. Und deshalb will ich an dieser Stelle deutlich sagen: Sozialdemokraten können es nicht ertragen, daß es eine Landesregierung mit Mitgliedern geben könnte, die so gegen Kunstwerke oder andere Ergebnisse menschlichen Geistes demonstriert. Dies zu verhindern, meine ich, belegt vielleicht am deutlichsten, was Sozialdemokraten unter Liberalität verstehen. So mag manch einer fragen und sagen, ob dies nicht ein Problem ist, daß viele im Lande gar nicht bewegt, von dem diejenigen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, gar nicht sonderlich berührt werden können. Ich glaube, das kann nicht der Fall sein. Denn gerade in den Äußerungen von Biedenkopf zeigt sich, wie sich eine Haltung der Intoleranz sehr schnell verbindet mit einer im wahrsten Sinne des Wortes unsolidarischen und unsocialen Konzeption von Wirtschaftspolitik. Biedenkopf hat eine Debatte eröffnet über den Rückzug des Staates aus der Verantwortung der Vollbeschäftigungspolitik und ich glaube, er verne-

belt eigentlich das, was er selber als Rezept der Wirtschaftspolitik anbietet. Diese Rezepte sind so alt wie unbrauchbar. Biedenkopf will gegen die Arbeitslosigkeit die Kurskorrektur in der Tarifpolitik und die Senkung der Lohnkosten einsetzen. Er will den Abbau und auf keinen Fall neue sozialen Leistungen, er will aber die beste Verzinsung des Kapitals und damit eine Verbesserung der Unternehmergewinne. Dies ist ein verteilungspolitischer Großangriff gegen die Interessen der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften und dies ist sein Rezept für die 80er Jahre. Wir lehnen dies als unverträglich und untauglich ab, und wir glauben, daß vor der Wahlentscheidung jeder prüfen kann, auf was er sich einläßt, wenn ihm ein solcher Wirtschaftsminister angeboten wird.

Es ist mir mit diesen beiden Beispielen darum gegangen, wichtige Kampflinien aufzuzeigen, die die nächsten Wochen und Monate bestimmen werden, und wir Sozialdemokraten wollen am heutigen Tage zeigen, daß wir gut darauf vorbereitet sind. Die Reden unseres Ministerpräsidenten Johannes Rau und unseres Bundeskanzlers Helmut Schmidt werden die Grundsatzpositionen sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen für die Bundesrepublik deutlich machen. Wir Sozialdemokraten stehen vor einem wichtigen Tag. Wir sind sicher, er wird erfolgreich enden und der Beginn und die Voraussetzung unseres Erfolges am 11. Mai sein. Damit ist diese Landesdelegiertenkonferenz eröffnet.

Drei Begrüßungsdredner, Genossinnen und Genossen, sind vorgesehen, und zwar zunächst Heinz Eikelbeck, der Oberbürgermeister dieser Stadt, dann Hermann Heinemann als Vorsitzender des Bezirks Westliches Westfalen und Georg Aigner als Vorsitzender des Unterbezirks Bochum. Ich möchte ihnen in dieser Reihenfolge das Wort geben und sie bitten, zu uns zu sprechen."

Rede von Georg Aigner

Grußwort des Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bochum, Georg Aigner

„Liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen von 14.000 Bochumer Sozialdemokraten begrüße ich Euch ganz herzlich hier in Bochum. Wir bedanken uns beim Landesvorstand für die Durchführung des Landesparteitages und der Landesdelegiertenkonferenz. Wir fassen das als Anerkennung für geleistete Arbeit auf, aber auch als Aufforderung für die weitere Arbeit.

Die Wurzeln der Bochumer Sozialdemokratie liegen weit über hundert Jahre zurück. Sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschafter haben damals in zum Teil sehr kleinen Zellen gearbeitet und gekämpft für die Gleichberechtigung und für ein menschenwürdiges Dasein der Arbeiter. Verfolgungen durch das Sozialistengesetz konnten sie dabei nicht hindern. So mußte vor hundert Jahren der damalige Landrat resignierend an seine Berliner Regierung schreiben: „Bochum bleibt nach wie vor der Herd der Sozialdemokratie, von wo aus die Bewegung in den Landkreis getragen wird.“ Er hatte recht. 1912, bei den Reichstagswahlen, konnte die SPD in Bochum 36% der Stimmen gewinnen. Einige herausragende Männer der Bochumer Sozialdemokratie aus dieser Zeit und danach möchte ich hier stellvertretend für viele andere nennen:

Heinrich Kämpchen, Bergmann und Dichter, Fritz Husemann, Führer der alten Bergarbeitergewerkschaft und Bochumer Reichstagsabgeordneter; er wurde von den Nazis umgebracht. Franz Vogt, Gewerkschaftler und Abgeordneter im Preußischen Landtag, er wurde von den Nazis umgebracht, und der letzte SPD-Vorsitzende vor der Nazi-Zeit, Heinrich König, er wurde von den Nazis umgebracht. Genossinnen und Genossen, diese Männer bleiben uns Vorbild.

Die Wiedergründung, die Initiative dazu nach dem Kriege, und zwar im Juni 1945 bereits, ging vom Betriebsausschuß des Bochumer Vereins aus. Auch hier muß ich zwei Namen nennen: Willi Geldmacher und Heinrich Hossiep, die auch erheblichen Anteil daran hatten, die Demontage hier zu verhindern. Sie haben den Grundstein mit dazu gelegt, daß wir in Bochum nach wie vor gerade zu den Menschen in den Betrieben ein besonders enges und gutes Verhältnis haben. Genossinnen und Genossen! Wenn man in anderen Landesteilen mit Genossen spricht, dann hört man immer wieder „ach Ihr in Bochum mit Euren Stimmengewinnen und Stimmenanteilen von um die sechzig Prozent, Ihr habt es relativ gut und relativ leicht.“ Das war nicht immer so. 1947, als es um die

Rede von Georg Aigner

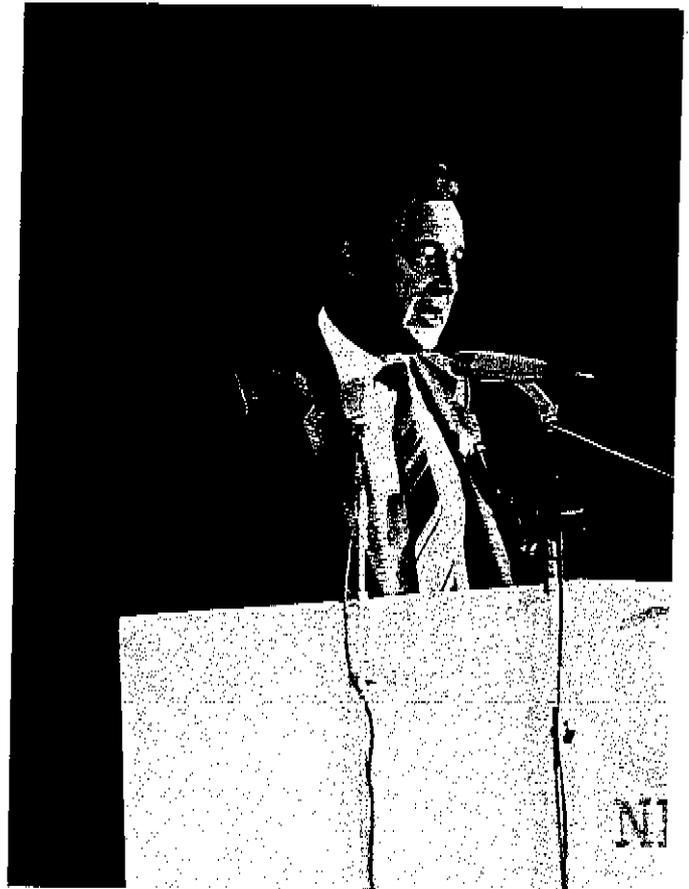
ersten Wahlen ging, hatte die CDU in Bochum 41,7% der Stimmen und die SPD 41,8% der Stimmen. Und auch unser Bundestagswahlkreis war nicht immer eine Domäne der SPD. Daß die Bochumer Sozialdemokraten heute sechzig Prozent der Stimmen gewinnen können, führe ich maßgeblich darauf zurück, daß die Kommunalpolitik nicht am Bürger vorbei gemacht worden ist. Nur so war auch der schmerzliche Zusammenschluß der beiden ehemaligen selbständigen Städte Bochum und Wattenscheid zu einem gedehlichen Miteinander überhaupt möglich.

Genossinnen und Genossen, diese Stadt ist als erste, Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre von dem Strukturwandel, vor allem im Bergbau, betroffen worden. Wir waren einstmal die zechenreichste Stadt des Kontinents und innerhalb weniger Jahre gab es keinen Bergbau mehr. Davon waren direkt 43.500 Arbeitsplätze betroffen. Was das bedeutet, könnt Ihr Euch vorstellen.

Und hier muß ich noch einmal zwei Namen nennen: Damals bestimmten Karl Liedtke und Heinrich Deist maßgeblich die Politik in Bochum und es ist damals gelungen, Opel, Graetz und weitere 120 Klein- und Mittelbetriebe anzusiedeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Ruhruniversität und die Kulturpolitik hier in Bochum sind bundesweit anerkannt. Christoph Zöpel hat zur Kulturpolitik einige Ausführungen gemacht. Ich meine, sie leisten beide ihren Beitrag zur Offenheit und zur Liberalität und zur Diskussion in unserer Stadt. Allerdings bleiben, wie die Arbeitslosenzahlen deutlich zeigen, genug Probleme übrig. Deshalb sind wir Dir, lieber Johannes Rau, sehr dankbar für das, was Du in Deiner Regierungserklärung gesagt hast zur Ruhrkonferenz und zu dem, was jetzt als Aktionsprogramm Ruhr dabei herausgekommen ist. Wir danken Dir, daß Du uns mithelfen willst, unsere Wirtschaft hier im Revier zu modernisieren und unsere Städte noch lebenswerter und lebenswerter zu machen. Wir verlassen uns darauf.

Wir hatten während des Kommunalwahlkampfes die Möglichkeit, Franz-Josef Strauß in Herne und auch in Bochum zu erleben: Er hat keine Ahnung von unseren Problemen, er weiß nicht, was die Menschen hier an Sorgen haben. Ich bin sicher, wenn er im Land-



tagswahlkampf und im Bundestagswahlkampf hier aufkreuzt in Bochum und im Ruhrgebiet, wird er sein Waterloo erleben.

Genossinnen und Genossen!
Ich wünsche Euch allen heute erfolgreiche Arbeit und möchte Euch ein herzliches Glückauf entbieten!"

Rede von Hermann Heinemann

Grußwort des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Hermann Heinemann

„Herzlich willkommen in diesem Bezirk, in jenem Teilbereich, der mit dem Namen Revier weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist; in jenem Gebiet, Genossinnen und Genossen, in dem Willy Brandt vor rund zwei Jahrzehnten die Forderung erhoben hat, der Himmel über der Ruhr müsse wieder blau werden. Wer hier geboren und groß geworden ist, der weiß: In den letzten zwei Jahrzehnten ist aus einer von Industrieabgasen und Ruß überschütteten Landschaft ein Gebiet mit Naherholungszonen geschaffen worden, in dem es sich zu leben lohnt. Ich denke an die vielen Grünzonen unserer Städte, an die Revierparks mit ihren unterhaltensamen und sportfördernden Einrichtungen, um nur einiges zu nennen.

Das ist das Ergebnis sozialdemokratischer Politik in den Kommunen, sozialdemokratischer Landespolitik mit Unterstützung der Sozialdemokraten im Bund, ein Ergebnis, dessen wir uns nicht zu schämen brauchen; das Ergebnis einer tatkräftigen Umweltpolitik schon zu einem Zeitpunkt, als für viele das Wort Umwelt noch ein Fremdwort war.

Stets haben wir unsere Politik so angelegt, daß keine Arbeitsplätze dabei gefährdet wurden. Stets haben wir sie auch mit den Arbeitnehmern und ihren Organisationen abgestimmt, und wir lassen uns heute von keinem Oppositionspolitiker oder wem auch sonst



eine Kluft zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitnehmern und unserer Partei einreden. Sicherlich wissen wir, daß auf diesem und vielen Gebieten noch manches zu tun ist. Ich denke nur an die Erhaltung der Arbeitsplätze. Gerade hier haben Sozialdemokraten im Land und im Bund in den letzten Tagen für das östliche Revier richtungsweisende Beschlüsse gefaßt, wofür ich herzlich danke. Ich denke an die Förderungsmaßnahmen bei Hoesch,

Ohne staatliche Hilfen wäre die Stahlförderung bei Hoesch mehr als gefährdet. Und — die Frage ergibt sich hier: Wie verhält sich zu

diesem Thema die CDU? Der westfälische Filialleiter der CSU in NRW Biedenkopf hat unter wissenschaftlichem Deckmantel Rezepte unters Volk gebracht, die für die Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr mehr als nur gefährlich sind. Nach Biedenkopf'schem Muster soll der Staat Abschied von einer Vollbeschäftigungspolitik und einer Steuerung struktureller Anpassungsschwierigkeiten in der Wirtschaft nehmen. Wohin diese ideologische Verbohrtheit führen würde oder geführt hätte, verdient deutlich gemacht zu werden: Ohne staatliche Hilfen wäre der Bergbau im Revier ausgestorben, Zigtausende von Familien hätten ihre Existenzgrundlage verloren, die Energieversorgung der Bundesrepublik wäre ernsthaft gefährdet.

Dem Ideenreichtum, der Einsatzfreude und der Entschlossenheit der sozialdemokratischen Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker und der Betriebsräte und ihrer Gewerkschaften an der Ruhr ist es ganz wesentlich zu verdanken, daß die schwerste und tiefste Krise der Nachkriegszeit, nämlich das von der Union durch einen beinahe tödlichen Kampf gegen die Kohle heraufbeschworene Zeichensterben, ohne schwerwiegende soziale Erdbeben bestanden wurde. Den allgemeinen Angriffen Biedenkopfs folgte einige Tage später ein ganz gezielter Angriff des CDU-Abgeordneten Breidbach. Auf einer Pressekonferenz erklärte er, „eine staatliche Hilfe zur Selbsthilfe für den Bau eines neuen Stahlwerkes in Dortmund sei nicht nötig, aus Gründen der Wettbewerbspolitik im internationalen Bereich eher schädlich als nützlich.“ Wenn solche Leute die Macht hätten, ihre Sprüche in Taten umzusetzen, dann hätte Hoesch in Dortmund seine Stahlbasis aufgeben müssen, mehr als 12.000 Menschen würden ihren Arbeitsplatz verlieren und eine ganze Region stünde vor dem Ruin.

Genossinnen und Genossen, sagen wir das in den nächsten Wochen und Monaten den Arbeitnehmern: Einer derartigen Wirtschaftspolitik, in der die sozialen Belange der arbeitenden Bevölkerung keinen Platz mehr haben, sagen wir unseren entschiedenen Kampf an!

Für unseren politischen Kampf haben wir hier im Revier mehr als fünfzig, ja in einigen Städten mehr als sechzig Prozent der Menschen hinter uns, weil die Menschen wissen: auf die Sozialdemokraten können wir uns verlassen.

Biedenkopf hat mehrmals versucht, die sozialdemokratischen Mehrheiten hier zu kippen. Er ist im Revier bisher immer gescheitert und er wird auch am 11. Mai 1980 wiederum scheitern. Eine kluge und aufgeklärte Wählerschaft wird dafür sorgen.

Laßt mich mein Grußwort schließen mit dem Gruß der Kumpels im Revier: Glückauf!”

Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Bochum, Heinz Eickelbeck

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Das Ruhrgebiet, Europas größte zusammenhängende Industrielandschaft, in der dieser außerordentliche Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten heute zu Gast ist, steht an diesem Wochenende wieder einmal im Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

Zwei bedeutende Wahlen in den kommenden acht Monaten dieses Jahres, beide gleichermaßen bedeutsam für das Geschehen in unserem Staat und für das Geschehen um unseren Staat, lenken die Aufmerksamkeit des politischen Betrachters verstärkt auf diese Region, die fast zehn Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zur Heimat geworden ist.

Solchermaßen Interesse muß die Bewohner des Reviers ganz einfach erfreuen, bietet sich ihnen doch dadurch die Möglichkeit, einer breiten Öffentlichkeit die Lebensverhältnisse hier im Ruhrgebiet einmal so darzustellen, wie sie fernab von der veröffentlichten Meinung tatsächlich vorhanden sind, und wie sie vor allen Dingen auch von den Menschen, die hier leben und die gerne hier leben, nun wirklich empfunden werden.

Daß eine solche Darstellung erforderlich ist, zeigen uns immer wieder die verfälschten Bilder, die in den Medien über das Ruhrgebiet verbreitet werden. Da merkt man meistens schon beim ersten Hinschauen, daß der Berichterstatter geleitet wird von ererbten Vorurteilen, die eine objektive Wiedergabe der hiesigen Verhältnisse zwangsläufig gar nicht mehr zulassen.

Eins der größten Vorurteile, eines, das von vielen Leuten jahrelang geradezu liebevoll gehegt wurde, war bis vor kurzem noch die weitverbreitete Auffassung, die Luft hier, die Sie und ich hier und heute atmen, sei gesundheitlich bedenklicher als anderswo. Diesem Vorurteil ist ja nun gottseidank der Garau gemacht worden. Denn wie aus dem vor Wochenfrist veröffentlichten Untersuchungsergebnis eines namhaften Bochumer Wissenschaftlers klar und eindeutig hervorgeht, leben die Menschen hier jedenfalls nicht gefährlicher als in anderen vergleichbaren Regionen der Bundesrepublik Deutschland auch.

Dies, meine Damen und Herren, ist das hervorragende Ergebnis einer konsequenten und an den Interessen des Bürgers ausgerichteten Umweltpolitik, für die hier im Revier Sozialdemokraten seit langem verantwortlich sind. Einen Vergleich mit anderen Städten brauchen wir nicht mehr zu scheuen. Natürlich sind wir dadurch nicht zu einem Luftkurort geworden. Dies können wir bei dem unmittelbaren Nebeneinander von Wohnen und Industrie nicht werden, und das ist selbstverständlich auch nicht unser Ziel.

Wir wollen vielmehr auch für die Zukunft sicherstellen, daß die Menschen, die hier leben, dies auch in gesicherten Verhältnissen tun können.

Das heißt einerseits, daß wir unseren Bürgern gesicherte Existenzgrundlagen anbieten müssen, das heißt andererseits aber

auch, daß wir gute Wohnungen und ein Umfeld mit Freizeitmöglichkeiten schaffen, die es dem Bürger ermöglichen, sein Leben nach getaner Arbeit angenehm und sinnvoll frei zu gestalten. In den letztgenannten Bereichen können wir heute bereits auf beachtliche Erfolge verweisen. Oder ist es etwa kein Erfolg, daß beispielsweise das Stadtgebiet Bochum zum überwiegenden Teil aus Grünflächen besteht, eine Tatsache, die auch in den anderen Ruhrgebietsstädten zu verzeichnen ist? Ist es etwa kein Erfolg, wenn in dieser Region, die einstmals als kulturelles Kahlschlaggebiet verspottet wurde, heute 60.000 Studenten studieren können?

Liebe Genossinnen und Genossen, ob Bildung, Sport, Spiel und Freizeit oder aber Kultur — in all diesen Bereichen kann sich das Ruhrgebiet jedem Vergleich stellen und braucht seine Leistungen nicht zu verstecken.

In dem Bereich Arbeitsplätze haben wir dagegen heute sicherlich ernstzunehmende Schwierigkeiten. Dies kann nicht verschwiegen werden, und das soll auch keinesfalls verschwiegen werden.

Aber diese Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, werden wir hier im Revier meistern, dessen bin ich mir ganz sicher. Wir werden sie dauerhaft meistern mit finanzieller Unterstützung dieser Landesregierung, die mit dem Aktionsprogramm Ruhr sicherstellt, daß der in unseren Städten notwendige Erneuerungsprozeß erfolgreich durchgeführt werden kann.

Das Ruhrgebiet wird jedenfalls nicht zu einem Pflegefall zu Lasten der anderen Bürger dieses Staates werden, wie es Professor Landwehrmann in der Ausgabe des „Spiegel“ vom 8. Oktober 1979 glaubte kundtun zu müssen. Es wird vielmehr so modernisiert werden, daß es seine Stellung als bedeutsamer Industrie-raum in Europa behalten wird.

Um das Erreichen zu können, muß aber sichergestellt sein, daß Sozialdemokraten im Lande und Sozialdemokraten im Bund auch in den nächsten Jahren die politische Verantwortung tragen.

Die Bürger hier im Revier wissen, daß das ohne Unterstützung des Landes und des Bundes nicht erreichbar ist. Ich bin deshalb überzeugt, daß unsere Bürger ihr Vertrauen in sozialdemokratische Landes- und Bundespolitik auch bei den nächsten Wahlen wieder unter Beweis stellen werden, wenn Sie hier, wenn dieser heutige Parteitag klar und eindeutig aufzeigt, wo es in den nächsten Jahren langgehen wird, und deutlich macht, daß die Menschen auch weiterhin zuversichtlich und vertrauensvoll in die Zukunft blicken können.

Das sind die Hoffnungen der Bürger dieses Landes, dies sind die Hoffnungen der Bürger der Stadt Bochum, in deren Namen ich Sie alle hier in der Ruhrlandhalle recht herzlich willkommen heißen darf, und dies sind nicht zuletzt auch meine Wünsche, von denen ich zuversichtlich hoffe, daß sie diesen Parteitag leiten und begleiten werden."

2.
Beschlußfassung
über Tagesordnung
und Geschäftsordnung

Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung

a) Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch den stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Christoph Zöpel;
2. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung,
 - b) Geschäftsordnung;
3. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz
 - a) Wahl des Versammlungsleiters
 - b) Wahl des Schriftführers
 - c) Wahl des Vertrauensmannes
 - d) Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes
 - e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmern zur Versicherung an Eides statt
 - f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - g) Wahl der Wahlkommission;
4. Rede des Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten
SPD-Landesvorsitzender Johannes Rau;
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
Berichtersteller: Karl Mirus;
6. Beschlußfassung über die Landesreserveliste
 - a) Platz 1 der Landesreserveliste
 - b) Platz 2 bis Schluß der Landesreserveliste;
7. Ansprache des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Bundeskanzler Helmut Schmidt;
8. Schlußwort.

b) Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten.
2. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.
3. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahl der Kandidaten der Landesreserveliste ist geheim. Es werden gewählt:
im 1. Wahlgang der Spitzenkandidat,
im 2. Wahlgang die Gruppe von Platz 2 bis Ende der Landesreserveliste.

Über Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Landesreserveliste wird gesondert geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichtersteller können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außer der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

3.
Konstituierung
der Landesdelegiertenkonferenz

Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz

Entsprechend § 18, Absatz 2 und § 20, Absatz 2 des Landeswahlgesetzes wurden für die Landesdelegiertenkonferenz, die nach § 18 Absatz 1 und § 20, Absatz 2 als Vertreterversammlung tagte, vorgeschlagen und gewählt:

- | | | |
|---|----------------------------|----------------------------------|
| a) der Versammlungsleiter | Hermann | Heinemann |
| b) der Schriftführer | Günter | Schlatter |
| c) der Vertrauensmann | Heinz | Junker |
| d) der stellvertretende Vertrauensmann | Erdmann | Linde |
| e) die Versammlungsteilnehmer zur Versicherung an Eides statt | Rudolf | Maerker |
| f) in Personalunion die Mitglieder der Landeskontrollkommission | Karl
Wilfried
Rainer | Mirus
Mittelberg
Verhoeven |
| und aus den Bezirken Ostwestfalen-Lippe | Hans
Manfred | Hamann
Hoffmeister |
| Westliches Westfalen | Friedel
Udo | Langendorf
Bottländer |
| Niederrhein | Mischi
Günter | Bertling
Holthoff |
| Mittelrhein | Götz
Peter | Bacher
Zenke |



**4.
Rede
Johannes Rau**



Rede des Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten SPD-Landesvorsitzender Johannes Rau:

Meine Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen!

In den letzten Wochen und Monaten konnten wir in der Presse eine Diskussion über das erleben und nachlesen, was in den nächsten 100 Tagen vor uns steht. Da wird die Frage gestellt, ob das eigentlich ein Kampf der Stellvertreter sei, ob eigentlich gar nicht der Oppositionsführer Heinrich Köppler und der Ministerpräsident Johannes Rau zur Debatte stünden, sondern ob es um Helmut Schmidt oder Franz-Josef Strauß gehe.

Ganz gewiß ist es richtig, und das hat sich in der Partei herumgesprochen: Dieser 11. Mai muß im Schatten oder besser im Licht des 5. Oktober gesehen werden. Am 11. Mai kandidieren die Sozialdemokraten, bewerben sich die Sozialdemokraten in diesem Land aus eigenem Recht und mit dem Willen, Vertrauen bei den Bürgern zu erwerben und die Regierung in Düsseldorf wieder zu führen. Das ist unser erstes Ziel. Wir werden dieses erste Ziel mit allem Einsatz, mit aller Energie, mit allem Fleiß zu erreichen versuchen. Wir tun das aus gutem Grund: Denn wer nicht weiß, und wer nicht sieht, und wer nicht wahrhaben will, was sich in 13 Jahren in diesem Lande, seit Sozialdemokraten die politische Führung haben, vollzogen, ereignet, verändert und verbessert hat, der spekuliert auf die Vergeßlichkeit der Wähler. Ich sage das deshalb freimütig, weil nahe zwölf dieser mehr als dreizehn Jahre Heinz Kühn die Verantwortung für die Politik in diesem Land getragen hat und weil wir gesehen, erlebt und zum Teil mitgestaltet haben, was sich da seit jenem 8. Dezember 1966 verbessert hat. Bloß wissen es viele nicht mehr. Ihr, die Delegierten, die Mandatsträger, die Mitglieder, die Freunde der Sozialdemokraten, Ihr müßt das in den nächsten 100 Tagen denen in Erinnerung zurückerufen, die es nicht mehr wissen. Ihr müßt denen die Informationen geben, die es damals nicht miterlebt haben, was das für ein Jahr war 1966. Damals zog der Bundeskanzler Ludwig Erhard durchs Revier, garantierte 140 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung und Verkauf, ver-

wechselte Uhus mit Falken und sprach von Schriftstellern als von Pinschern. Damals fing der Niedergang der jetzigen Opposition an. Aber damals, das war gleichzeitig die Zeit, in der jede zweite Schule in NRW eine ein- oder zweiklassige Volksschule war; damals, 1966, da war die Konfessionalität des Schulwesens und der Lehrerbildung noch ein beherrschendes Thema. Die Verfassung war noch nicht geändert. Es gab noch Stacheldrahtzäune zwischen evangelischen und katholischen Kindern auf den Schulhöfen. Viele haben das vergessen. Wir sollten es in Erinnerung rufen.

Wir müssen es in Erinnerung rufen, weil auch viele nicht mehr wissen, daß 1966 der Höhepunkt des Zechensterbens in diesem Land gewesen ist. Das sollten die sich einmal sagen, die uns heute zu verantwortlicher Energiepolitik aufrufen. Deshalb sage ich: Wir kandidieren zum 11. Mai als Sozialdemokraten aus eigenem Recht und um der Wohlfahrt dieses Landes willen. Wir wollen nicht, daß dieses Land zurückfällt in den Mief jener Jahre.

Aber wenn uns dann jemand sagt: „In Wirklichkeit geht es ja doch um den 5. Oktober!“, dann stimmen wir ihm zu und sagen: Ja. Die Vorentscheidung für den 5. Oktober fällt am 11. Mai. Da wird nämlich entschieden, ob im Bundesrat eine Zweidrittel-Blockade gegen die Politik von Helmut Schmidt möglich wird. Wir werden das verhindern.

Deshalb sage ich mit Freimut, wenn mir jemand diese Nebenrolle zuordnet: Ich finde, es ist keine schlechte Sache, zu Helmut Schmidt zu stehen, und mit ihm stehen 300 000 Sozialdemokraten und die Mehrheit der Wähler in diesem Land.

Genossinnen und Genossen, wir haben ein Landtagswahlprogramm vorgelegt, und wir werden es heute Nachmittag auf dem Parteitag miteinander diskutieren, dessen vierter Schwerpunkt ist die Sicherung der Friedenspolitik und unser Beitrag zu dem, was in der Dritten Welt geschieht. Da gab es manche, die das als fremd empfunden haben, die das nicht als ein landespolitisches Thema erkannt haben. Aber ich denke: Heute und von heute an kann deutlich werden, was wir landespolitisch damit meinen. Denn seit dem Beginn dieses Jahres hat sich die Weltpolitik verändert: Im Iran sitzen Geiseln, amerikanische Bürger. Die Sowjets sind in Afghanistan. Wir alle wissen, welche Ängste damit bei vielen Menschen auf der ganzen Welt ausgelöst und freigesetzt wurden. Weil wir das wissen, darum haben wir gesagt: Es muß auch von dieser Landtagswahl her deutlich werden, das Ziel unserer Politik nach außen ist Friede und ist Konfliktbeherrschung. Ein solches Ziel ist nur erreichbar durch Entspannungspolitik. Da gibt es einige kluge Ratgeber, die sagen, wir sollten das ein bißchen vorsichtiger, ein bißchen gedämpfter, ein bißchen zurückgenommener sagen. Wir antworten ihnen: Jemand, der Verteidigungsminister war wie Helmut Schmidt, jemand, der zehn Jahre Regierender Bürgermeister von Berlin war wie Willy Brandt und zwar in schwierigen und kritischen Jahren, als der damalige CDU-Bundeskanzler sich zu keiner Reise nach Berlin entschließen konnte, der bedarf in Sachen Sicherheit und Entspannung und Friedenspolitik keiner Belehrung. Wir Sozialdemokraten wissen, wie eng Sicherheitspolitik und Friedenspolitik zusammengehören. Wir Sozialdemokraten sind nicht der Meinung, daß die Politik der Entspannung und die Politik des Friedens eine Politik des Nachgebens sein kann. Aber wir wissen auch, und wir haben es in unserer über hundertjährigen Geschichte erlebt, auch als deutsches Volk erlebt: Wer nicht schießen will, muß reden, und deshalb darf das Gespräch nicht aufhören, auch nicht über die Zäune hinweg. Wir müssen deutlich machen, Genossinnen und Genossen: Der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan, das war nicht irgendein Fehler einer Großmacht, sondern ein schlimmes und völkerrechtlich beklagenswertes und deshalb anzuklagendes Vergehen gegen die Freiheit der Menschen in Afghanistan. Daraus muß eine politische Niederlage der Sowjets werden. Aber eine politische Niederlage, Genossinnen und Genossen, wird das für die Sowjets nur, wenn zweierlei geschieht: Wenn



erstens wir in den Industrienationen, wir in den reichen Industrienationen, die Dritte Welt nicht nur in Spannungsfällen entdecken, sondern sie als eine bleibende Aufgabe und Herausforderung annehmen und junge Menschen ermuntern, dahin zu gehen; und wenn wir zweitens mit dafür sorgen, daß die Entspannungspolitik weitergeht. In Zeiten der außenpolitischen Verunsicherung und der außenpolitischen Schwierigkeiten kommt es darauf an, daß vertrauenswürdige Politik betrieben wird, daß besonnene Politik betrieben wird, daß nicht die Leute das Heft in die Hand bekommen, bei denen man nie weiß, wann ihnen die Sicherung durchbrennt. Und deshalb muß Helmut Schmidt Kanzler bleiben.

Ich habe mit diesem letzten Punkt unserer vier Schwerpunkte im Wahlprogramm begonnen. Ich will nun heute vormittag nicht alle Seiten dieses Programms entfalten, die vier Schwerpunkte im einzelnen erläutern und die acht Aktionen und Positionen beschreiben, die sich daraus für uns ergeben. Dazu haben wir heute noch Gelegenheit und Zeit, wenn die Antragskommission am Nachmittag berichtet.

Wenn ich mich nun der Landespolitik zuwende, dann will ich doch den ersten Schwerpunkt herausgreifen und nennen, in dem wir davon gesprochen haben und in dem wir Menschen einladen, mitzuwirken an diesem Ziel: Technik beherrschbar zu machen und Menschen die Angst vor der Technik zu nehmen. Genossinnen und Genossen, wir erleben ja in der immer schneller werdenden Entwicklung unserer Technikgeschichte, bei den immer stärker werdenden Faszinationen, die vor allem für junge Menschen vom technischen Geschehen, von neuen Erfindungen und Entdeckungen ausgehen, gleichzeitig aber, daß Menschen vor Unbehagen in die Angst schliddern, daß Leute Angst haben, ob ihr Arbeitsplatz

dabei verlorengelht, oder ob ihre Kompetenz am Arbeitsplatz verlorengelht bei dem, was sich an technischen Entwicklungen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte andeutet. Wir glauben: Politik, die den Menschen ernstnimmt, muß Angst nehmen und darf nicht Angst schüren. Angst wird genommen, wenn die Bürger in unserem Land und wenn die Arbeitnehmer in unserem Land wissen, daß eine starke Sozialdemokratie für sie eintritt auf der Ebene des Bundes, des Landes und der Gemeinden; Angst wird genommen, wenn die Bürger wissen, daß die Sorgen der Arbeitnehmer bei uns in guten Händen sind und daß wir im Gespräch mit Ihnen bleiben und daß unser Thema Vollbeschäftigung bleibt, vom ersten Tag unserer Regierungsübernahme an durch all die schwierigen Phasen der Wirtschaftspolitik, die wir in der Bundesrepublik wirksamer bewältigt haben als jedes andere Land auf dieser Welt.

Genossinnen und Genossen, 1976 vor der Bundestagswahl hat mein Gegenkandidat vor einem Währungsschnitt gewarnt, wenn das so weitergehe. Er hat gesagt, die Wirtschaft sei am Ende und es könne zu einer Art Währungsreform kommen, wenn die Sozialdemokraten weiterregieren würden. Heute können wir sagen: Es gibt Probleme, die sind noch nicht bewältigt, es gibt Aufgaben, die müssen noch angepackt werden, aber unter sozialdemokratischer Führung in Bund und Land ist die Deutsche Mark neben dem Schweizer Franken die härteste Währung der Welt. Unsere Urlauber wissen das. Wir haben eine Stabilität in der Wirtschaft, wie wir sie angesichts des ersten Ölshocks von 1973 und des zweiten Ölshocks von 1979 glauben nicht erwarten zu können. Wir wissen, daß Herausforderungen auf uns zukommen, auch wirtschaftlicher Art, aber wir sind für diese Herausforderungen gewappnet und wir werden sie meistern. Wir werden sie meistern mit allem Einsatz an Intelligenz und Phantasie, und wir werden nicht zulassen,

sen, daß in diesem Land die regieren, die nicht einmal ein Konzept haben, sondern sich täglich dreimal widersprechen. Viele unter Euch haben die kritische Begleitmusik der Opposition zur Ruhrkonferenz gehört und ihr Schweigen bei der Ruhrkonferenz gesehen. Jetzt lesen wir, daß Biedenkopf findet, der Subventionismus müsse auch im Ruhrgebiet aufhören und wir lesen, daß Ferdi Breidbach aus Duisburg sagt, die 6,9 Milliarden der Landesregierung seien viel zu wenig, während Biedenkopf schon eine Milliarde zu viel ist. Wir lesen, was Jaumann sagt und was Frau Breuel sagt und wir raten dem bayerischen Kandidaten, mit denen mal erst über Strukturpolitik zu reden, bevor er im Ausland Visiten macht.

Wir wollen mit dem, was das Ruhrprogramm für das Herz dieses Landes erbringt, den Kreislauf Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik gesunderhalten. Die ersten positiven Zeichen spüren wir. Das Ruhrgebiet war nicht marode und das Ruhrgebiet wird nicht marode. Als die ersten Schwächen sich zeigten, da haben wir gehandelt und nicht nur geredet. Da haben wir ein Programm entwickelt von der Stadtentwicklung bis zur Technologieförderung beim Stahl. Denn wir glauben nicht, daß man Kohle und Stahl aus Nordrhein-Westfalen verdrängen darf und allein auf vermeintliche Wachstumsindustrien setzen darf. Wir dürfen nicht aufgeben, was wir an qualifizierter Facharbeiterschaft in diesem Lande haben. Wir dürfen nicht aufgeben, was die Basalindustrie in Nordrhein-Westfalen ist. Wir müssen auflockern und ergänzen, aber wir müssen auch stabilisieren, was da ist.

Da sagt uns die Opposition, wir hätten Nordrhein-Westfalen zum Hinterland gemacht, wir seien nicht mehr die ersten in der Bundesrepublik, sondern die letzten. Die Opposition hat offenbar nicht nur Rechtschreib-, sondern auch Leseschwierigkeiten. Denn daß das so ist, daß Nordrhein-Westfalen seinen ersten Platz verloren hat, das steht in einem Brief, den Ludwig Erhard Mitte 1966 an Franz Meyers geschickt hat, der damals Regierungschef in Nordrhein-Westfalen war. Das steht nicht in Briefen an uns. Das ist mitgeteilt in jener Zeit, von der ich soeben gesprochen habe, in jener Zeit des Zechensterbens und der Zwergschulen, die wir nicht wiederhaben wollen.

Die Mehrheit unserer Arbeitnehmer ist in Klein- und Mittelbetrieben. Wir haben ein Mittelstandsförderungsprogramm, wir haben Kreditprogramme vorgelegt, mit denen gerade der mittleren und kleinen Industrie geholfen werden soll, sich gegen die großen Giganten zu behaupten und durchzusetzen. Wir sagen: Wir sind die Partei der Arbeitnehmer. Wir helfen auch Großbetrieben, wenn das notwendig ist. Wir haben gezelgt, wie man das macht, so wie bei Hoesch in der letzten Woche. Wir tun das nicht, um irgendwen zu subventionieren, sondern weil der Erhalt von Arbeitsplätzen die erste Aufgabe der Sozialdemokraten ist und weil wir aus unserer Geschichte wissen: Menschen, die festgeschrieben werden in die Arbeitslosigkeit, werden gleichzeitig der Hoffnungslosigkeit preisgegeben. Wir wollen ihnen Hoffnung geben. Und diese Hoffnung, Genossinnen und Genossen, muß real sein, erreichbar sein, sie muß im Haushalt abzulesen sein. Da helfen keine der vielen Leerformeln, wohlklingenden, die der Professor Biedenkopf in seinem „Institut ohne Instinkte“ verbreitet.

Dieser Professor Biedenkopf hat ja nur gesagt: Er kommt. Er hat das oft gesagt. Wir wollen nicht wissen, ob er kommt, wir wollen wissen, ob er bleibt, auch dann, wenn er verliert. Wir wollen wissen, ob er das Mandat annimmt, ob er sich auf die Oppositionsbank setzt, wenn wir mit unserem Einsatz dafür gesorgt haben, daß Heinrich Köppler nach dem 11. Mai Landtagsvizepräsident wird. Die beiden, die da als Duo auftreten – man weiß nie, wer welche Nummer trägt –, die beiden haben den Wortschatz der Negation und der Herabsetzung uns gegenüber längst voll ausgeschöpft. Das kann kaum noch schlimmer kommen. Da war zu Heinz Kühns Zeiten die Rede vom Reisebüro, da ist zu meiner Zeit die Rede vom Biertisch, an dem wir angeblich verkommen. Wir reagieren darauf nicht beleidigt. Wir wissen, daß im Landtag manchmal harte Worte

fallen. Aber wir möchten, daß hinter den harten Worten, hinter den scharfen Auseinandersetzungen auch die Fragen noch deutlich werden, die der Wähler zu stellen hat. Deshalb fragen wir: Was heißt das, wenn keine staatliche Strukturpolitik stattfindet, Herr Professor Biedenkopf? Wieviele Arbeitslose bedeutet das? Wir fragen, was das heißt, wenn laut Biedenkopf der Subventionismus abgebaut werden soll. Heißt das, daß die Milliarden für die Kohle nicht mehr gezahlt werden? Heißt das, daß dieses Rettungswerk der letzten zwanzig Jahre, die Sicherheit der Kohle, nicht mehr gesichert bleibt? Wir fragen: Was heißt das, wenn der soziale Wohnungsbau abgeschafft wird? Welche Mieten hält denn Biedenkopf für zahlbar durch den Facharbeiter und den kleinen Angestellten? Wir fragen: Was heißt das, wenn das Bausparen nicht mehr gefördert wird?

Bei einigem wissen wir, was das bedeutet, was die CDU will. Bei einigem hat sie es uns vorgemacht. Und deshalb, Genossinnen und Genossen, warne ich Gutgläubige. In Schleswig-Holstein und in Niedersachsen, wo die CDU je eine Stimme mehr hat, da hat sie als erstes den freien Rundfunk zerschlagen. Das will sie auch hier. Bei der letzten Landesversammlung der CDU ist das deutlich geworden. Der westfälische CDU-Vorsitzende nennt das eine Reform an Haupt und Gliedern, und er sagt uns auch, wie die aussehen soll, jedenfalls in Grundzügen. Und sein rheinischer Kollege berichtet uns von Plänen und Überlegungen für ein privates Fernsehen neben dem öffentlich-rechtlichen.

Genossinnen und Genossen, wir wollen keine römischen Verhältnisse, auch nicht auf dem Bildschirm. Wir kennen deren Nachtprogramme. Ich will gerne an dieser Stelle beim Stichwort Medienpolitik, aber über dieses Thema hinaus, eine Bemerkung machen, die mir sehr wichtig ist. Unsere Bundesrepublik ist jetzt gut dreißig Jahre alt. Unser Grundgesetz, das Gustav Heinemann das große Angebot genannt hat und das manche, auch manche Politiker, nicht genug interpretieren als großes Angebot – manche jungen Leute kommen dann zu der Meinung, das wäre gar kein Angebot, das wäre eine ganz enge Fessel – dieses Grundgesetz hat sich nach meiner Überzeugung deshalb in den Herzen und den Köpfen der Menschen in seiner Grundsubstanz festgesetzt und ist eine Sache unserer Bürger geworden, weil es zu diesem Grundgesetz in dieser dreißig-jährigen Geschichte drei Elemente gibt, die ich für unverzichtbar halte auch für die nächsten dreißig Jahre. Ich meine erstens die Einheitsgewerkschaft, die Abkehr von dem Gewerkschaftssystem der Weimarer Zeit und der Zeit davor. Wir lassen die Gewerkschaften nicht zerschlagen.

Ich nenne als zweites das Gegenüber von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatwirtschaftlich organisierter Presse. Merkt denn keiner, daß der gleiche Mann, der vor vier Jahren die Filzokratie-Kampagne anging, heute die Rundfunk-Kampagne anfängt? Da steckt doch System dahinter!

Das dritte – einmal die Einheitsgewerkschaft, zum zweiten das Gegenüber von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatwirtschaftlich organisierter Presse – das dritte ist die freie Partnerschaft, wie das Godesberger Programm das nennt, zwischen Staat und Kirche. Auch die möchten wir erhalten wissen. Auch da möchten wir die Atmosphäre des Dialogs, des fairen und offenen Gesprächs, aber auch der deutlichen Trennung in den Kompetenzen und Aufgaben.

Diese drei Elemente unserer grundgesetzlichen Wirklichkeit wollen wir Sozialdemokraten erhalten.

Laßt mich beim Stichwort öffentlich-rechtlicher Rundfunk nur eine private Bemerkung gewissermaßen als Zuschauer und Zuhörer hinzufügen: Ich bitte die Verantwortlichen beim WDR, doch dafür zu sorgen, daß es Verbesserungen gibt bei der Radiothek, aber nicht Abschalten statt Verbesserungen. Wir hätten gern wieder Wortsendungen!

Genossinnen und Genossen, das, was ich mit dem Stichwort Arbeitsmarktpolitik, mit dem Stichwort Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften angesprochen habe, will ich in einem Satz jedenfalls nochmal deutlich machen, falls der Filzokratievorwurf wieder kommt. Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gemeinsam die Ärmel aufkrempeln, um den Arbeitnehmern in diesem Lande zu helfen, dann ist das nicht Filzokratie, sondern Gesinnungsgemeinschaft. Das ist so gemeint. Wenn man das Filzokratie nennt, dann bin ich ein stolzer Filzokrat. Das heißt nicht, daß wir nicht die gegenseitige Unabhängigkeit respektieren, ganz im Gegenteil, – daß wir nicht Wahrheiten sagen oder gemeinsam nach Wahrheiten suchen, daß es nicht auch getrennte Wege gibt; aber gemeinsame Wurzeln gibt's. Die Übereinstimmung in den Zielvorstellungen, wo sie sich aus dem Grundsatzprogramm ergeben, werden wir uns nicht ankreiden lassen, sondern die werden wir hineinnehmen in die politische Auseinandersetzung in den nächsten Monaten.

Aber der Arbeitnehmer, von dem ich spreche, dieser Arbeitnehmer lebt ja nicht im luftleeren Raum, sondern manchmal auch in schlechter Luft. Wir alle wissen, daß das beherrschende Thema der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war und sicher auch der nächsten Jahre sein wird, wie wir den scheinbaren oder wirklichen Zielkonflikt zwischen Arbeitsplatzsicherheit und Umweltschutz aushalten oder austragen können. Ich selber glaube, Genossinnen und Genossen: Es ist meist ein scheinbarer Zielkonflikt. Aber er kann sich in der konkreten Situation vor allen Dingen auch für unsere Kommunalpolitiker ergeben. Deshalb meine ich, wir Sozialdemokraten müssen auch um der Sicherheit der Arbeitsplätze willen im Gespräch mit dem Bürger deutlich machen – und die Gespräche mit dem Bürger sind ja nun die Sache der nächsten drei Monate und darüberhinaus –, daß wir in der Bundesrepublik und speziell in Nordrhein-Westfalen das beste Umweltschutzrecht der Welt haben. Darauf sind wir stolz, auch wenn noch vieles besser

werden kann. Wir müssen deutlicher sagen, was wir tun und was wir erreicht haben, damit die Menschen das erkennen und damit sie nicht denen nachlaufen, die Umweltschutzgründe haben, aber die mehr und anderes wollen als Umweltschutz.

Grüne Politik zu machen ist gut, aber Grünen nachzulaufen, die in Wirklichkeit viel buntscheckiger sind, als die Farbe grün das ausdrückt, die nach dem letzten Kongreß offenbar so eine Luxusgemeinschaft aller Frustrierten zu werden drohen, das ist gefährlich. Das führt nämlich dazu, daß danach Blockaden eintreten und keine vernünftige Politik gemacht werden kann, weder bei den Arbeitsplätzen noch beim Umweltschutz. Wenn ich selbst gefragt habe: Sagen wir genug, was wir tun?, dann will ich auch selbstkritisch sagen: Ich glaube, wir haben das, was wir im Umweltschutz getan haben und was sich in den letzten Jahren ja nicht nur in den Luftreinhalteplänen, nicht nur in den Entschwefelungsanlagen, sondern vom Forst- bis zum Wassergesetz gezeigt hat, das haben wir dem Bürger nicht deutlich genug gesagt und nicht deutlich genug gezeigt. Deshalb meine Bitte an meine Freunde in der Regierung, daß wir miteinander überlegen: Wenn wir schon jenen staatliche Hilfen geben, den Jugendverbänden, den Sozialverbänden, allen möglichen Gruppen, auch denen, die als Flüchtlinge und Vertriebene unter uns leben und hoffentlich hier heimisch sind, dann sollten wir auch miteinander überlegen, ob wir nicht auch diejenigen stützen und denen helfen müssen, die mit wachem Gewissen darauf achten, daß diese Erde zwar beherrscht, aber nicht ausgebeutet wird. Ich meine diejenigen, die sich besonders dem Umweltschutz zuwenden. Ich meine, wir sollten das miteinander überlegen.

Wir sollten auch miteinander überlegen, ob wir nicht in der nächsten Regierung noch deutlicher machen können, welche Bedeutung der Umweltschutz für uns alle hat. Nicht als Spielwiese für ein paar Grüne, sondern als Existenzgrundlage für alle Menschen; vor allen Dingen für die, die nicht in den grünen Revieren unserer



Städte leben, sondern da, wo es noch grau ist, und wo noch viel zu tun ist, und wo nicht die Grünen gewählt werden, sondern die Sozialdemokraten.

Diese Welt zu beherrschen, aber diese Welt nicht der Ausbeutung preiszugeben – das ist die Aufgabe, vor der wir in den 80er Jahren stehen. Hier geht es um Arbeitsplätze, um Umweltschutzpolitik, um Verkehrspolitik. Und auch da haben wir in diesen letzten 13 Jahren wahrlich vieles vorzuzeigen. Die 1700 km Straßen seit 1966, die Tatsache, daß wir jetzt den größten Verkehrsverbund in Europa mit drei Millionen Fahrgästen täglich geschaffen haben, das macht uns stolz, das wollen wir dem Bürger deutlich machen. Und wir wollen hinzufügen: Jetzt kommt die Phase, in der es um mehr Lärmschutz geht, um mehr Verkehrsberuhigung statt um weitere Betonierungen. Beides gehört zusammen. Wir wollen nämlich, daß in diesem Land Nordrhein-Westfalen Abwanderung gestoppt ist, in dem die Menschen wieder bleiben, daß in diesem Land Menschen aller Generationen bleiben – wir haben inzwischen mehr ältere Menschen als noch vor zehn Jahren. Wir freuen uns darüber. Wir sehen es nicht als Last, wenn die Lebenserwartung des Menschen steigt, weil wir den Dank abstaten möchten an die, die unser Land in den letzten dreißig Jahren aufgebaut haben.

Wir möchten diesen Dank auch abstaten durch eine ideologiefreie, praktische und wirksame Familienpolitik. Wir Sozialdemokraten haben das in einer Landtagsdebatte vor vierzehn Tagen deutlich gemacht. Wir halten überhaupt nichts davon, vermutete oder erwartete oder befürchtete Geburtenzahlen der Zukunft durch Prämien zu regulieren und zu beeinflussen. Die Entscheidung für ein Kind muß die Entscheidung von zwei Menschen sein, die frei von Prämien getroffen wird. Aber wir halten etwas davon, und wir haben es deshalb gemeinsam mit in die Regierungserklärung gebracht, Nordrhein-Westfalen vorzustellen und darzustellen mit seinen Städten und Gemeinden als das kinderfreundliche Land, in dem man gerne Kind ist und in dem man gerne Kinder hat. Da können wir aus der Entwicklung seit 1966 im Bereich von Kindergärten, von der Krabbelstube bis zum Anteil der Arbeiterkinder auf unseren Universitäten einiges vorzeigen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen, Genossinnen und Genossen, die effektivste Familienpolitik unter allen Bundesländern. Wir geben pro Kopf und Jahr für familienpolitische Maßnahmen 25,08 DM aus. Das nächste Land, das uns folgt, liegt fünf DM tiefer als wir und andere hängen noch ganz, ganz weit hinten. Aber wir möchten, daß diese Familienpolitik, die wir betreiben, keine Bevölkerungspolitik ist. Und wir möchten gerne, daß auch diejenigen, die uns Rundschreiben über das angeblich sterbende Volk schicken, sich einmal deutlich machen, was es für ein Skandal ist, wenn in diesen Tagen in Dortmund 42 Unternehmer – Einzelhändler – erklären, sie nähmen keine weiblichen Angestellten mehr, weil der Mutterschaftsurlaub verlängert worden ist. Wir protestieren gegen diese Methoden!

Ich selber halte einen Elternurlaub für eine der möglichen Antworten auf eine solche Verweigerung.

Ich denke, darüber müssen wir reden in der Partei und dazu müssen wir die Beschlüsse fassen. Dazu wird ja heute Gelegenheit sein. Dann muß deutlich sein: Diese Sozialdemokratische Partei will nicht irgendeine heile Welt zurückhaben, die es ohnehin nie gegeben hat – außer in den Köpfen derer, die sie erfunden und die sie aufgeschrieben haben. Wir haben die Bereitschaft zum Konflikt, aber wir wollen den Konflikt als einen Schritt zur Einheit und zur Einigkeit auch in der Partei. Wir wollen weg von patriarchalischen Ordnungen in der Familie, zu freier Selbstbestimmung derer, die in der Familie zusammenleben.

Wir sind nicht bereit, in der Frage des § 218 in die Phase der Dunkelziffern und der Hollandfahrten und der Scheinheiligkeit

zurückzugehen. Es gibt kein Recht auf Abtreibung, wie uns das manchmal unterstellt wird. Aber es gibt die Beratung und es gibt die Gewissensentscheidung. Jeder einzelne muß von seinen Schwellen und von seinen Fundamenten her seine Entscheidung treffen. Der Staat ist nicht und darf nicht der Sittenwächter der Gesellschaft sein, sondern er muß der Schutzraum für alle bleiben.

Genossinnen und Genossen, ein breites Feld der Auseinandersetzung ist jener Punkt, wo uns der politische Gegner vorwirft, wir seien nicht in Übereinstimmung mit der Bundesregierung, mit dem Bundeskanzler. Das ist die Energiepolitik. Die, die uns das vorwerfen, haben entweder üble Absichten, oder sie haben die Berliner Beschlüsse nicht gelesen, denn da stimmen unsere Positionen überein. Und wir in Nordrhein-Westfalen haben diese Beschlüsse von Berlin mitbestimmt und mitbeeinflußt. Die große Mehrheit von uns hat diesen Beschlüssen zugestimmt. Dann müssen die Beschlüsse auch glaubwürdig gemacht werden in unserer Politik. Dann muß das Wort „Vorrang für Kohle“ endlich von den Lippen der Handelskammerpräsidenten in die Entscheidung der EVUs und der übrigen, die für die Energiepolitik zuständig sind.

Ich selber bin kein Gegner der Kernenergie. Ich habe deshalb auch jenem Satz in dem Antrag zustimmen können, der in Berlin beschlossen worden ist, in dem diese Option offengehalten wird. Das wollten wir miteinander. Aber ob der eine ein Gegner der Kernenergie ist oder der andere sie für zumutbar oder gar für zwingend und unabweisbar hält: Unsere Glaubwürdigkeit für Sozialdemokraten steht bei dem Stichwort „Vorrang für Kohle“ auf dem Prüfstand. Da liegen noch Genehmigungen für 8000 Megawatt Kohlekraftwerke – die hätten wir gerne gebaut! Der Kumpel, der in den Pütt fährt, darf doch nicht glauben, alle politischen Erklärungen seien nur Leerformeln à la Biedenkopf! Deshalb machen wir in diesem Land eine Energiepolitik, bei der wir, so lange es geht, ohne Kernenergie auskommen, und bei der wir der Kohle ihren Vorrang sichern wollen als diejenigen, die 1966 das Zechensterben beendet haben.

Da lassen wir uns nicht von denen in Verdacht bringen, die ihre eigenen Positionen mal überdenken sollen. Ernst Albrecht will keine Wiederaufbereitungsanlage, Franz-Josef Strauß haßt ein Zwischenlager wie der Teufel das Weihwasser, und von uns verlangt die CDU, wir sollten die Kernkraftschmiede Europas werden. Eine solche Politik halten wir – angesichts dessen, was wir an Risiko tragen und haben werden in Ahaus, in Würzgassen, in Kalkar – für doppelt falsch. Wir weichen Entscheidungen nicht aus, wenn sie fällig sind. Aber der Vorrang der Entsorgung, der Vorrang der Sicherheit unserer Bürger und der Gesundheit unserer Bürger, der muß doch gelten! Ich füge hinzu: Ich wünschte, ich gehörte einer Generation an, die nicht vor solche Entscheidungen gestellt würde!

Da muß doch Prüfung nicht nur der Sachverhalte, sondern auch Gewissensprüfung Platz greifen, bevor man so oder so entscheidet. Wir werden den Entscheidungen nicht ausweichen, wenn sie fällig sind. Aber jetzt ist fällig, daß Kohlekraftwerke gebaut werden. Jetzt muß eines geschafft werden: Der Bergmann muß wieder an die Spitze der Lohnskala. Da helfen wir Adolf Schmidt. Die Verdoppelung der Bergmannsprämie ist ja ein Thema von uns, da haben wir mitgewirkt, da sind wir Helmut Schmidt dankbar. Dem sind wir überhaupt dankbar....

Als wir 1967 die Schwierigkeiten mit dem Zechensterben hatten und als wir Karl Schiller zu uns in die Landtagsfraktion baten – einige von den Älteren aus jenen Jahren werden es noch wissen – und als wir dann nicht zurechtkamen, da habe ich meinen Kollegen in der Fraktionsführung, das war Helmut Schmidt, angerufen. Der war innerhalb einer Woche mit Alex Möller da. Damals haben wir gemeinsam das erste Energieprogramm gemacht. Seitdem gibt es Sicherheit in der Energiepolitik bei uns im Land.



Liebe Genossinnen und Genossen, bei den Feldern, die ich hier angesprochen habe, wissen wir: Sie werden im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen der nächsten Monate stehen, sie werden transportiert werden müssen in die Gespräche mit den Arbeitskollegen und mit den Nachbarn und mit den Klassenkameraden und mit den Kommilitonen. Und wenn ich das hier angesprochen habe, will ich damit sagen und Euch darauf hinweisen und Euch darum bitten, dabei zu helfen: Vergeßt nicht, daß es das historische Verdienst der SPD der sechziger Jahre ist, daß sie die junge Generation, die protestierte, die demonstrierte und die auf den Straßen manchmal randalierte, nicht hat abschwirren lassen, sondern daß wir sie hereingeholt haben in die Partei. Heute haben es wir mit einer Generation zu tun, die sich zu verweigern droht, die staats- und parteiverdrossen ist, die einen großen Anteil an Nichtwählern hat. Wir Sozialdemokraten sagen: Es ist das historische Versäumnis der CDU/CSU, daß sie diese Gruppen damals nicht angesprochen hat. Wir Sozialdemokraten dürfen diese junge Generation nicht aufgeben; wir müssen ihr zuhören; wir müssen ihr Antworten geben; wir müssen sie aufrufen zur Mitarbeit. Wir müssen ihr erklären, was das für eine Gesellschaft ist, in der sie oft unter Leistungsdruck steht und in der sie oft den Verdacht hat, daß wir Lebensqualität und Lebensstandard verwechseln. Und wir müssen ihr deutlich machen: Wir wollen einen Staat der Liberalität, der keine Bevormundung, auch keine Bevormundung junger Menschen, möglich macht. Das ist eine harte Aufgabe. Wir kommen an dieser Aufgabe nicht vorbei als Partei, aber auch nicht aus staatspolitischen Gründen.

Mir wäre es lieb gewesen, wir hätten im Zeichen dieser Bereitschaft zum Gespräch mit der jungen Generation das

Jugendbildungsgesetz verabschieden können. Es ist ein Jammer, daß wir das nicht geschafft haben.

Wir vergessen nicht, Genossinnen und Genossen: Es gibt in diesem Land, es gibt unter uns nicht nur die Starken und Gesunden, es gibt auch die Alten und die Gebrechlichen, die Kranken und die Hilflosen und die Behinderten. Wir Sozialdemokraten wollen für sie da sein. Aus der Geschichte unserer Partei, aus dem Selbstverständnis unserer Partei wollen wir eine Politik, die ich einmal eine „Politik der Zuwendung“ genannt habe. Ich bin dafür ausgelacht worden. Aber diese Politik wollen wir, und sie ist keine neue soziale Frage, sondern da gilt es alte sozialdemokratische Antworten zu geben. Bitte helft dabei!

Genossinnen und Genossen, Hauptthema, Schwerpunkt im Wahlkampf wird die Schul- und Bildungspolitik sein. Wir weichen dem nicht aus, wir greifen das Thema auf. Ich habe am Anfang von den kleinen Schulen mit den großen Klassen gesprochen, in denen der Lehrer kein Lehrer, sondern nur Dompteur war. Der konnte sagen: „Lernt leise lesen“. Wir müssen dem Bürger sagen, wie sich hier die Zahlen verändert haben, denn die CDU spekuliert auf die Vergesslichkeit der Wähler. Wir dürfen nicht zulassen, daß jede verunglückte Schulstunde als Versäumnis der Landesregierung gilt und jede geglückte als ein verspäteter Pestalozzi-Effekt! Dabei werden wir deutlich machen: Das Gymnasium muß bleiben – aber die Gesamtschule muß kommen. Und dann möchten wir gerne der CDU, die uns immer fragt, ob wir eigentlich aus dem Volksbegehren nichts gelernt haben, diese Frage stellen: Wollen wir nicht gemeinsam etwas aus dem Volksbegehren lernen? Wollen wir nicht aus dem Volksbegehren lernen, daß der Elternwille auch dann wichtig ist, wenn er der CDU nicht paßt? Und sollte die CDU sich das nicht

merken für die Gesamtschule, die wir neben das herkömmliche Schulsystem stellen wollen? Wir werden dann deutlich machen: Das Gymnasium muß bleiben, aber die Berufsschule und die Hauptschule müssen noch stärker in den Vordergrund unseres Interesses und unserer politischen Aussagen. Die Berufsschule ist wichtig. An den Hochschulen studieren inzwischen dreihunderttausend junge Leute, und unter unserer Verantwortung ist die Zahl der Arbeiterkinder an diesen Hochschulen vervierfacht worden. Darauf sind wir stolz. Das alles gilt es in den nächsten hundert Tagen weiterzusagen, das alles gilt es zu sagen vor einer Entscheidung, die in ihrer Bedeutung gar nicht unterschätzt werden kann, für keinen von uns und am wenigsten für die Wohlfahrt unseres Landes.

Dabei gilt es, das Spannungsverhältnis zwischen Parlament und Regierung beizubehalten, und dabei gilt es dafür zu sorgen, daß politische Gegnerschaft nicht in Feindschaft ausartet und daß Fairneß herrscht auch im Wahlkampf. Wir werden das Unsere dazu zu tun versuchen. Aber wir werden auch sagen: Der Landtag darf nicht zum Paukboden werden und jede Fragestunde darf nicht zum Wahlkämpfchen umfunktioniert werden. Wir wollen auch die Opposition hören, da, wo sie etwas zu sagen hat. Das werden wir auch in Zukunft tun, denn diese Opposition muß Opposition bleiben.

Nun ist ja interessant, Genossinnen und Genossen, daß der eigentliche Kandidat der anderen Seite im Wahlprogramm nicht einmal auftaucht, obwohl er in Nordrhein-Westfalen vierundzwanzig bis siebenundzwanzigmal auftreten will. Ich meine Franz Josef Strauß. Franz Josef Strauß bereist ja im Augenblick die Welt und sammelt Fotos von außenpolitischem Gewicht. Gegen die Häufigkeit, in der sich Franz Josef Strauß seinen bayrischen Bürgern erspart, war Heinz Kühn, der Vielgescholtene, ausgesprochen häuslich. Wo ist er nicht überall, wo taucht er nicht überall auf. Gerade haben wir ihn wieder im Balkan erlebt, aber Freunde: Wo immer er auch auftreten mag – nirgendwo ist Franz Josef Strauß so eindrucksvoll, so erinnerlich, so bis in die einzelnen Worte festzuhalten und festzumachen wie in jener kleinen und schönen und bayrischen Stadt Sonthofen. Das war der wirkliche Strauß! Und was der damals im Hochzeitszimmer gesagt hat und was wir im Landtagswahlkampf 1975 bekannt gemacht haben (da haben wir eigentlich Honorar dafür verdient, daß wir Strauß original verteilt haben), das haben zwar manche vergessen, aber politisch verjährt ist das nicht, Genossinnen und Genossen! Das ist immer noch seine Strategie des Krisenherbeigeredes.

Ich bin mit Heinrich Köppler darin einig: Wenn Strauß nach Nordrhein-Westfalen kommt, muß er hier reden können. Aus Gründen der Demokratie. Man schreit keinen nieder, der seine politische Auffassung sagen will. Verantwortliche Sozialdemokraten tun das nicht, und ich bitte Euch: Helft dabei, daß nicht uns irgendeiner vorgezeigt werden kann, der es doch getan hat. Helft dabei! Aber es gibt noch andere Gründe, Strauß reden zu lassen, vierundzwanzig- bis siebenundzwanzigmal: Die Leute müssen ihn wirklich hören, dann wählen sie uns. Dann stellen sie fest, wie unkontrollierbar, wie unberechenbar dieser Mann ist.

Genossinnen und Genossen, nun glaubt bitte nicht und laßt Euch das in den nächsten drei Monaten auch nicht erzählen, Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf wären so etwas wie die liberalen Gegenbilder von Franz Josef Strauß! Sie sind nicht die liberalen Gegenbilder, sie sind die regionalen Statthalter, sie sind die Kurfürsten, die haben den erst dazu gemacht! Das muß doch deutlich werden!

Hier stellen sich heute Personen zur Wahl. Ich sage zu diesen Personen jetzt im einzelnen nichts, aber dies sage ich doch, weil hier Delegierte sind, die doch ein paar Parteitage mitgemacht haben im vorigen Jahr und im vorvergangenen Jahr: Ich bin dankbar für die Geschlossenheit dieser Partei, ich bin dankbar dafür, daß wir die schwierigen Wettbewerbe in den letzten Jahren so fair haben aus-

tragen können, und deshalb freue ich mich darauf, daß ich gemeinsam mit Diether Posser und Friedhelm Farthmann in diesen Wahlkampf gehen kann. Ich werde in diesen Wahlkampf gehen mit meinem Führungsstil, mit meiner Art. Ich werde kein anderer als der, der ich bin, und ich bitte Euch, nehmt mit mit dem, was Ihr mir an Stärke zumeßt und was Ihr an mir an Schwächen hinnehmen müßt. Kein verbogener Spitzenkandidat hat eine Chance. Ich möchte der bleiben können, der ich bin. Und ich denke, daß dieser Führungsstil und diese Bereitschaft zur Diskussion und anschließend zur klaren Entscheidung, das hat sich inzwischen herumgesprochen, sich bewährt hat.

Aber jetzt gilt es, hundert Tage lang das Gespräch mit dem Bürger zu suchen, keinen auszulassen – es gibt keine hoffnungslosen Fälle, auch wenn ein paar Dompropste noch zögern. Wir werden mit jedem reden; wir werden uns nicht schonen in der Einsatzbereitschaft, die wir einbringen in diese hundert Tage.

Das erste, was dazu geschehen muß, ist die Mobilisierung unserer Mitglieder. Und unser Ziel ist deutlich: stärkste Fraktion werden. Das ist schwer genug, denn das waren wir nur einmal: 1966 bis 1970. Damals gab es diesen Erdrutsch mit neun zusätzlichen Mandaten. Das ist sicher schwer genug, aber das ist unser erstes Ziel. Und das zweite ist: Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir mit einem Partner weiterregieren können, dem wir für seine Koalitionsaussage in der letzten Woche dankbar sind, der es uns nicht immer leicht macht, das wissen viele unter Euch – aber wir machen es ihm vielleicht auch nicht immer leicht –, der aber verläßlich ist und mit dem wir dieses Land so weit gebracht haben, wie es im Jahre 1980 dem Wähler anschaulich, sichtbar, spürbar zur Entscheidung steht. Da gilt es jetzt, alle Kräfte einzusetzen, sich nicht zu schonen, den Gegner anzunehmen und ihn nicht als Feind zu diffamieren. Aber es gilt auch, deutlich zu machen, wo die Alternativen sind. Die Alternativen – da darf ich an den Anfang noch einmal erinnern – heißen nun wirklich: Johannes Rau steht auch für Helmut Schmidt! Deshalb müssen wir Köppler stoppen, Biedenkopf verhindern, Strauß wegwählen. Das ist unser Thema.

Ich wünschte mir, wir hätten am 11. Mai ein Ergebnis, bei dem deutlich wird: Strauß wird nicht nur nicht Kanzler, sondern er wird uns auch nicht mehr als Kanzlerkandidat zugemutet, denn das reicht uns schon. Wir brauchen um dieses Volkes und um dieser Gesellschaft willen auch eine funktionsfähige CDU, die als eine demokratische Alternative erkennbar ist. Das ist verstellt worden in den letzten Monaten durch diesen Mann aus Bayern mit den Sonthofener Gedanken. Wer Politik mit der Angst betreibt, der hat keine Chance auf Vertrauen. Wir wollen den Menschen die Angst nehmen. Wir wollen ihnen Hoffnung und Zuversicht vermitteln, damit diese bewohnte Welt bewohnbar bleiben kann in den Städten und Gemeinden und im Land. Darum gehen wir in diese großen Herausforderungen dieses Jahres, in diese beiden Wahlentscheidungen vom Mai und vom Oktober, als Sozialdemokraten nicht siegesbewußt, aber zuversichtlich, gelassen und bereit zur Arbeit mit dem Ziel, einzubringen was wir haben an Kräften und an Ideen, damit wir den Nutzen unseres Volkes mehren und Schaden von ihm wenden.

**5.
Bericht der
Mandatsprüfungskommission**

Karl Mirus erstattete Bericht:

„Der Delegiertenschlüssel wurde am 9. Oktober 1979 den Bezirken auf der Bemessungsgrundlage der abgerechneten Beitragsquartale II, III und IV 1978 sowie I/1979 wie folgt mitgeteilt:

Ordentliche Delegierte
aus den Bezirken

Westliches Westfalen	144
Ostwestfalen-Lippe	31
Mittelrhein	52
Niederrhein	73, insgesamt 300 Delegierte.

Die Mitglieder des Landesvorstandes haben auf dem Landesparteitag Stimmrecht, auf der Delegiertenversammlung nicht. Ihre Zahl beträgt 18 Mitglieder.

Von den einzelnen Bezirken sind folgende Delegierte anwesend:

Westliches Westfalen	144
Ostwestfalen-Lippe	31
Mittelrhein	49
Niederrhein	72, insgesamt 296 Delegierte.

25 Delegierte haben ihr Parteibuch nicht mitgebracht. Die Mandatsprüfungskommission bittet das Präsidium, festzustellen, ob den Delegierten ohne Parteibuch auf dieser Delegiertenkonferenz das Stimmrecht erteilt werden kann.“

Die Delegiertenkonferenz folgte dem Vorschlag der Mandatsprüfungskommission, den Delegierten ohne Parteibuch das Stimmrecht für die Delegiertenkonferenz zu erteilen.



6.
**Beschlußfassung über
die Landesreserveliste**

Beschlüßfassung über die Landesreserveliste

- a) **Platz 1 der Landesreserveliste**
 b) **Platz 2 bis Schluß der Landesreserveliste**

Auf die übrigen Kandidatinnen und Kandidaten entfielen bei der nachfolgenden kumulierten Einzelwahl folgende Stimmen:

Hermann Heinemann stellte fest:

„Die Delegierten sind ordnungsgemäß von den entsendenden Organisationsgliederungen gewählt worden. Sie sind in geheimer Abstimmung von den Mitgliedern der Partei gewählt worden, die die Wahlberechtigung zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen besitzen. Sie sind nicht früher als 15 Monate vor Ablauf der Landtagsperiode, das heißt vor dem 28. Februar 1979, gewählt worden.“

Die Delegiertenversammlung erhob gegen diese Feststellung keine Einwände. Die Wahlen wurden nach der angenommenen Geschäftsordnung durchgeführt.

Für Platz 1 der Landesreserveliste kandidierte Johannes Rau.

Für die Landesreserveliste von Platz 2 bis Schluß wurden für die Plätze 130 Ferdi Franke und 131 Ernst Thaise vorgeschlagen.

Es wurden Gegenkandidaturen zu den Plätzen 12 Herbert Schnoor / Alfred Rohmeis und 22 Ilse Ridder / Josef Rademaker festgestellt.

Auf den Spitzenkandidaten für Platz 1 der Landesreserveliste Johannes Rau entfielen:
 Stimmberechtigte: 296, abgegebene gültige Stimmen 287, davon 285 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung.

Platz 2 bis 132
 Stimmberechtigte: 296
 abgegebene Stimmen: 289
 ungültig: 3
 gültige Stimmen: 286

Lfd.Nr.	Name	Ja	Nein	Enth.
2	Diether Posser	283	2	1
3	Friedhelm Farthmann	280	5	1
4	Dieter Haak	274	9	3
5	Inge Donnepp	281	4	1
6	Jürgen Girgensohn	280	4	2
7	Christoph Zöpel	262	19	5
8	Reimut Jochimsen	281	3	2
9	Hans Otto Bäumer	276	7	3
10	Anke Brunn	280	3	3
11	Hans Schwier	280	3	3
12	Herbert Schnoor	267	15	4
13	Heinz Werner Meyer	281	3	2
14	Diether Deneke	272	11	3
15	Richard Winkels	280	5	1
16	Hilmar Selle	281	4	1
17	Günter Einert	281	4	1
18	Karl Trabalski	277	6	3
19	Bernd Feldhaus	281	4	1
20	Dieter Blumenberg	278	7	1
21	Reinhard Grätz	279	5	2
22	Ilse Ridder	280	5	1
23	Theo Heimes	283	2	1
24	Ingeborg Friebe	284	1	1
25	Hans Ferner	280	5	1
26	Horst Hein	284	1	1
27	Joachim Westermann	283	1	2
28	Erich Heckelmann	283	1	2
29	Helmut Müller	282	3	1
30	Josef Rademaker	282	2	2
31	Werner Linkner	284	1	1
32	Gunther Sieg	284	1	1
33	Rudolf Nußbaum	278	7	1
34	Alfred Rohmeis	281	3	2
35	Klaus Theo Rohe	284	1	1
36	Dorit Restemeyer	284	1	1
37	Jürgen Büssow	281	4	1
38	Dieter Aderhold	283	2	1
39	Dieter Meurer	283	2	1
40	Reinhold Hemker	284	1	1
41	Ferdi Hoeren	284	1	1
42	Friedhelm J. Beucher	284	1	1
43	Winfried Semmelmann	284	1	1
44	Helmut Kupski	284	1	1
45	Reinhold Trinius	282	3	1
46	Loke Mernizka	279	6	1
47	Hermann J. Brungs	284	1	1
48	Helga Klinke-Miebert	284	1	1
49	Eike Hovermann	284	1	1
50	Hans Hoeke	284	1	1
51	Siegfried Jankowski	284	1	1
52	Henning Friege	284	1	1
53	Heinrich Tiekötter	284	1	1
54	Helmut Spathmann	284	1	1
55	Bernd Völkering	284	1	1
56	Albert Klütsch	284	1	1



Auf die Kandidaten für Platz 12 der Landesreserveliste entfielen:
 Stimmberechtigte: 296, abgegebene gültige Stimmen 289, bei 5 Enthaltungen, davon auf:
 Herbert Schnoor 186 Ja-Stimmen,
 Alfred Rohmeis 98 Ja-Stimmen;

Auf die Kandidatin/den Kandidaten für Platz 22 der Landesreserveliste entfielen:
 Stimmberechtigte: 296, abgegebene gültige Stimmen 289, bei einer Enthaltung, davon auf:
 Ilse Ridder 225 Ja-Stimmen,
 Josef Rademaker 63 Ja-Stimmen.



Lfd.Nr.	Name	Ja	Nein	Enth.	Lfd.Nr.	Name	Ja	Nein	Enth.
57	Wolfgang Kies	284	1	1	84	Manfred Ludwig Mayer	283	1	2
58	Klaus Hölzle	284	1	1	85	Hans Frey	283	1	2
59	Konrad Heutger	284	1	1	86	Horst Henning	283	1	2
60	Winfried Schoeller	280	5	1	87	Eugen Gerritz	283	1	2
61	Rainer Fonteyn	284	1	1	88	Ulrich Schmidt	283	1	2
62	Anna-Marie Feldmann	284	1	1	89	Egbert Reinhardt	282	2	2
63	Werner Kanne	284	1	1	90	Peter Heinemann	283	1	2
64	Norbert Greschus	284	1	1	91	Bernd Restemeier	283	1	2
65	Dieter Starke	284	1	1	92	Horst Huck	283	1	2
66	Ulrich Schneider	284	1	1	93	Heinz Nelta	281	3	2
67	Günther Tondorf	284	1	1	94	Robert Schumacher	283	1	2
68	Wilhelm Weltscheck	283	1	2	95	Hans Jaax	283	1	2
69	Martin Stevens	283	1	2	96	Heinz Baberg	283	1	2
70	Jürgen Alef	283	1	2	97	Herbert Dahlhof	282	2	2
71	Karl-Heinz Nolzen	283	1	2	98	Friedhelm Ottlinger	283	1	2
72	Hartmut Maschmeier	283	1	2	99	Helmut Wulfmeier	283	1	2
73	Dieter Emunds	283	1	2	100	Manfred Laube	283	1	2
74	Volkhard Wrage	283	1	2	101	Ursula Kraus	283	1	2
75	Paul Krings	283	1	2	102	Karl Heinz Edelbrock	283	1	2
76	Erich Kamp	283	1	2	103	Rudolf Drese	283	1	2
77	Jürgen Guttenberger	283	1	2	104	Fritz Wirtz	283	1	2
78	Bernhard von Grünberg	283	1	2	105	Felix Röhlich	283	1	2
79	Manfred Hemmer	283	1	2	106	Michael Berg	283	1	2
80	Uwe Herder	283	1	2	107	Hans Reymann	282	2	2
81	Helmut Kratschus	283	1	2	108	Wolfgang Scharping	283	1	2
82	Karl Böse	283	1	2	109	Rudolf Hamann	283	1	2
83	Manfred Hanisch	283	1	2	110	Günter Schumacher	283	1	2

Beschlußfassung über die Landesreserveliste

Lfd.Nr.	Name	Ja	Nein	Enth.
111	Gerd Müller	283	1	2
112	Rainer Biernath	283	1	2
113	Rolf Schormann	283	1	2
113	Johannes Pflug	283	1	2
115	Klaus Schwalk	283	1	2
116	Franz Brodowski	283	1	2
117	Jürgen Schaufuß	283	1	2
118	Heinz Cierpka	283	1	2
119	Maria Jammes	280	4	2
120	Ludwig Wördehoff	282	2	2
121	Manfred Dammeyer	282	2	2
122	Heinz Schleußer	283	1	2
123	Johannes Gorlas	281	3	2
124	Ludwig Eichhorn	283	1	2
125	Erich Kröhan	282	2	2
126	Rudolf Apostel	283	1	2
127	Karl Heinz Kenn	282	1	3
128	Anton Riederer	283	1	2
129	Waltraud Lauer	283	1	2
130	Kurt Nowack	281	3	2
131	Ferdinand Franke	282	2	2
132	Klaus-Ernst Taise	283	1	2

Damit waren alle Kandidatinnen und Kandidaten gewählt. Sie nahmen die Wahl an.



7.
Rede
Helmut Schmidt



Ansprache des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Bundeskanzler Helmut Schmidt

Liebe Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

Ich bin sehr froh, als erste größere Aufgabe innerhalb unserer Partei, nachdem ich wieder einigermaßen gesund bin, hier auf Eurem Landesdelegiertentag sprechen zu dürfen. Es wird manchem von Euch ähnlich gehen wie mir: wir haben es alle mit Aufgaben zu tun, die wir kennen, mit Zielsetzungen, die wir kennen, ihr habt es zu tun mit den Problemen Eures Landes, die Ihr kennt, an denen Ihr seit Jahr und Tag mit beiden Händen, mit dem Herzen und mit dem Verstand, arbeitet. Gleichwohl ist nun im Laufe der letzten Monate, insbesondere in den letzten Wochen, für uns alle noch etwas hinzugekommen, das uns alle sehr beschäftigt. Das darf uns nicht abhalten von unserer Arbeit, das darf Euch nicht davon abhalten, diesen Landtagswahlkampf zu führen und zu gewinnen. Aber es verlangt gleichwohl einen erheblichen Teil unserer Aufmerksamkeit.

In diesem Zusammenhang ist es für diejenigen, die für die äußere Politik unseres Staates, für die äußere Sicherheit und für den deutschen Beitrag zur Stabilisierung des Friedens in der Welt, verantwortlich sind, von großer innerer Bedeutung, Rückhalt zu spüren. Dieser Rückhalt ist auch wichtig gegenüber manchen im eigenen Lande, die nicht verstanden haben, daß dies nicht eine Zeit ist, in der mit vollem Mund, mit aufgeblasener Brust und mit dem Vorzeigen von Muskeln, dem Frieden gedient wird, sondern mit Nüchternheit, Zähigkeit und mit Vernunft. Man muß festhalten an dem, was man seit Jahr und Tag für richtig erkannt und vertreten hat, festhalten auch dann, wenn die Lage schwieriger geworden ist und noch schwieriger wird.

Ich sehe mit großer Bewunderung auf die uns befreundete und verbündete amerikanische Nation. Wir hören jetzt den 85. oder 86., vielleicht schon den 90. Abend von den fünfzig Geiseln, die ungezählte Male im Fernsehen vorgeführt worden sind – an Händen und Füßen gefesselt. Mit großer Bewunderung sehe ich, wie die Amerikaner dies bisher einerseits in tiefer Besorgnis um diese Menschen und in tiefer Erbitterung darüber, daß eine Geiselnahme so lange dauert und daß die Führung des Staates, in dem das geschieht, das auch noch billigt, und andererseits doch mit großer Selbstdisziplin durchstehen.

Wir müssen uns einmal vorstellen, wie die Stimmung in unserem Volke wäre. Wir haben es nicht so schwer, uns das vorzustellen. Es ist erst zweieinhalb Jahre her, daß nach drei vorausgegangenen Terroristen-Morden erst ein Kraftfahrer und eine größere Zahl von Polizisten erschossen worden sind, sodann ein Mann fünf Wochen lang verschleppt wurde, der schließlich doch noch umgebracht worden ist – Dr. Hanns-Martin Schleyer. Am Schluß wurden 90 Menschen, die mit dem Flugzeug vom Urlaub auf Mallorca nach Frankfurt fliegen wollten, von Terroristen nach Italien, nach Arabien und schließlich nach Afrika verschleppt.

Welche Aufregung und Erbitterung war das bei uns! Wir haben damals auch in unserem Volk innere Disziplin, moralische Disziplin bewahrt. Wir haben uns nicht zu Gewalttaten verleiten lassen.

Auch die Amerikaner haben sich wegen Teheran nicht zu Gewalttaten verleiten lassen. Mittenhinein in diese angespannte, erbitterte Situation im amerikanischen Volk traf dann der Einmarsch der Sowjetunion mit einigen sechzig- oder siebzigtausend Soldaten in ein Land der Dritten Welt, das nicht zum sowjetischen Block gehört, das bündnisfrei ist.

Dies ist nun innerhalb weniger Wochen das zweite Ereignis nach der andauernden Geiselnahme in Teheran, bei dem jeder, der in Kategorien des Rechtes und der Freiheit denkt, innerlich zu der Überzeugung kommt: so darf es nicht weitergehen! Und sich dann innerlich die Frage vorlegt: was können wir eigentlich tun, damit es so nicht weitergeht? Man kommt dann sehr schnell zu der Einsicht, daß manches, was einem an martialischen Gesteen und Änderungen geraten wird, die Sache noch schlimmer machen könnte, daß aber nur auf dem Stuhl zu sitzen und nachzudenken die Sache jedenfalls auch nicht besser machen kann.

Für die Bundesrepublik Deutschland, das habe ich auch auf dem Berliner Parteitag gesagt, kann es keinen Zweifel geben, daß wir aus moralischen und geschichtlichen Gründen, aus Gründen der grundsätzlichen Übereinstimmung unserer demokratischen Gesellschafts- und Staatsphilosophie mit den Amerikanern, den Engländern, den Franzosen, den Italienern und den Holländern verbunden sind. Wir wissen insbesondere, wenn man die gegenwärtige Lage in ihren Möglichkeiten zu Ende denkt, daß wir nur deswegen sicher sind, weil wir mit unseren westlichen Freunden und Partnern im Nordatlantischen Bündnis verbunden sind – mit Amerika an der Spitze; in der Europäischen Gemeinschaft – mit unseren französischen Freunden an der Spitze. Wir sind also in dieser Auseinandersetzung über Afghanistan Partei.

Wir gehören zu der westlichen Partei der Freiheit, der Demokratie und der Friedenserhaltung. Wir gehören zu der Partei derjenigen, die es nicht dulden wollen, daß woanders einmarschiert wird. Wir sind nicht in der Lage, uns öffentlich irgendwo auf einen besonderen Stuhl zu setzen oder auf einen anderen Platz zu stellen und zu sagen: Jetzt wollen wir mal unparteiisch sagen, was richtig ist. Nein: Wir sind Partei!

Wir hängen in unserem eigenen Frieden und in unserer eigenen Sicherheit davon ab, daß wir ein Teil dieser westlichen demokratischen Freiheitspartei sind. Das heißt nicht, daß wir nicht deutlich



sehen, daß auch der Westen Fehler machen kann, so wie die Sowjetunion schwere Fehler gemacht hat.

Sie hat mindestens zwei schwere Fehler gemacht. Sie hat sich offenbar nicht vorstellen können, daß es einen Aufschrei der Empörung gibt, wenn sie, ohne dazu provoziert zu sein, in ein anderes Land einmarschiert. Und sie hat sich offenbar nicht vorstellen können, daß viele Länder auf der Welt Sorge haben müssen, daß das bei ihnen vielleicht demnächst auch einmal passieren könnte, wenn man es hier hinnimmt.

Die sowjetischen Führer haben sich offenbar nicht vorstellen können, daß der Westen — bei allem Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion — einen Zeitpunkt sieht, wo es nicht weitergehen kann, daß jede Woche eine Rakete modernster Bauart, jeden Monat zwei oder zweieinhalb Flugzeuge modernster Bauart dazukommen. Dies kann auf die Dauer nicht so weitergehen, wenn das Gleichgewicht zwischen Ost und West nicht zerstört werden soll.

Wir haben ihnen das seit Jahr und Tag gesagt. Sie haben das nicht so ernst genommen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Zum Schluß haben sie geglaubt, sie könnten die NATO davon abbringen, auch ihrerseits dann, wenn nichts anderes hilft, mit der eigenen Rüstung nachzuziehen, um das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Gleichzeitig haben wir ihnen Verhandlungen angeboten. Bisher sagen sie zu Verhandlungen darüber nein. Sie haben vielleicht geglaubt, sie könnten durch eine Mischung von Drohungen und Verlockungen die Völker Europas davon abbringen, einen solchen Beschluß zu fassen. Das war ein schwerwiegender Irrtum.

Es können noch weitere Irrtümer passieren. Es können auch im Westen Irrtümer passieren. Ich halte es für einen Fehler, wenn Ost und West nicht miteinander reden. Ich wiederhole hier gerne, was ich in den letzten Tagen ein paarmal schon gesagt habe: mir tut es leid, wenn Gespräche, zu denen wir bereit sind, nicht stattfinden können. Aber wir nehmen gerne in Kauf, dreimal eingeladen zu werden. Wir werden öffentlich anbieten, ein viertes Mal gesprächsbereit zu sein. Wer nicht miteinander reden will, der macht die Welt in der Tat gefährlich.

Ein Provinzpolitiker der CDU hat in den letzten Tagen gesagt, es sei ein Prestigeverlust für die Bundesrepublik Deutschland, daß Gespräche mit Außenministern anderer östlicher Staaten oder ein Gespräch, das Herr Honecker und ich beabsichtigten, nun nicht stattfinden können. Es sei ein Prestigeverlust, wenn man sich anbietet und das Angebot wird nicht akzeptiert. Wer hier in Größenordnungen von Prestige oder Prestigeverlust denkt, der hat nicht kapiert, daß die Bewahrung des Friedens nicht eine Angelegenheit der Prestigepolitik von Kandidaten ist.

Die Bundesrepublik Deutschland, von der ich sagte, sie ist Teil der westlichen Partei der Demokratie und der Freiheit, ist innerhalb dieser westlichen Gemeinschaft von erheblichem Gewicht. Wir sind keine Großmacht, das wollen wir auch nicht sein, aber wir sind auch kein politischer Zwerg.

Das hängt mit unserer Wirtschafts- und Finanzkraft, mit unserem erheblichen Beitrag zum westlichen Bündnis in Gestalt der Bundeswehr und mit dem großen politischen Beitrag der letzten zehn Jahre zur Entwicklung einer Vertragspolitik zwischen Ost und West zusammen. Es hängt zusammen mit dem Erfahrungsschatz, den man uns zubilligt.

Was ist unsere Aufgabe? Wie haben wir diesen Einfluß zu nutzen, den wir besitzen? Wichtigste Aufgabe ist, den Frieden zu bewahren. Unmittelbar darunter oder daneben rangiert unsere Aufgabe, den Zusammenhalt unserer eigenen Nation zu bewahren. Unmittelbar daneben oder darunter rangiert die Aufgabe, die Zusammenarbeit der Völker und der Staaten in Europa aufrechtzuerhalten, sie zu festigen und sie demnächst auch wieder auszubauen.

Aus der Friedensaufgabe folgt: daß wir für ein Gleichgewicht der in Europa wirksamen militärischen Kräfte sorgen müssen. Nicht nur der militärischen, sondern auch der wirtschaftlichen und politischen Kräfte. Europa braucht ein im Gleichgewicht, in der Waage befindliches System.

Dies Gleichgewicht kann erzielt werden, wenn der eine rüstet, weil der andere gerüstet hat. Aber dann rüstet dieser weiter! Dann streben sie zwar nach Gleichheit, aber in Wirklichkeit ist das wie eine Preis-Lohnspirale – es geht immer höher. Das Gleichgewicht kann aber auch erzielt werden, indem man versucht, Verträge miteinander zu schließen, die in Zahlen festlegen, wieviel jeder haben darf. Auf diese Weise kann man das Gleichgewicht festlegen – möglichst auf niedrigerer Ebene als früher. Verteidigungsfähigkeit auf der einen und Rüstungsbegrenzung auf der anderen Seite, das sind die beiden Hauptbestandteile der Gleichgewichtspolitik.

Einige Kandidaten bei unseren innenpolitischen Gegnern haben das heute entdeckt. Sie reden z. B. von realistischer Entspannungspolitik. Sie sollen mal nachlesen, was die Bundesregierung vor acht Jahren erklärt hat, als es um unsere West-Ost-Verträge ging. Andere haben ja auch Verträge geschlossen, die zum Teil noch wichtiger sind: den SALT-Vertrag zwischen Nixon und Brezhnev 1971 und deren Abmachungen 1972 und 1979 zum Beispiel. Wer nachliest, was wir bei all diesen Gelegenheiten erklärt haben, der wird finden, daß wir die Verbindung von Gleichgewicht durch eigene Verteidigungsfähigkeit und Rüstungsbegrenzung immer in den Vordergrund der Entspannung gestellt haben.

Ich habe ein ganzes Buch über das Thema „Strategie des Gleichgewichts“ geschrieben. Das ist 1969 erschienen. Ich brauche mich nicht zu revidieren. Ich brauche mir auch nicht von Herrn Strauß und anderen sagen zu lassen, was realistische Entspannungspolitik ist. Ich trete seit fünfzehn Jahren, seit einem Parteitag in Dortmund in der Mitte der Sechziger Jahre, dafür ein, daß man auf der Basis dieses Gleichgewichts mit der anderen Seite auch über andere Fragen Verträge schließen, Entspannung betreiben, Zusammenarbeit betreiben kann. Das haben wir getan – mit großem Erfolg. Das tun wir auch in diesen Wochen und Monaten. Ich komme darauf am Schluß nochmal zurück.

Wir wollen nicht daran vorbeisehen, daß nicht nur in Amerika und in vielen anderen Staaten der westlichen Welt, sondern auch in vielen Staaten Osteuropas Besorgnisse existieren, ob das Gleichgewicht verletzt wird oder verletzt worden ist, und ob und wie es wieder hergestellt werden kann nach dem Einmarsch in Afghanistan.

Wenn einige Regierungen, zum Beispiel die in Prag oder die in Ostberlin, uns gegenwärtig sagen: Liebe Westdeutsche, versteht, im Augenblick können wir nicht gut reden, wir hatten zwar Gespräche verabredet, aber es paßt nicht ganz, – was steckt dann dahinter? Ich denke, sie würden sehr gerne reden wollen, sie haben auch Sorgen. Aber sie sind ihrerseits in Zusammenhänge eingebettet, denen sie nicht entrinnen können. Das wissen sie genau, und das müssen wir auch wissen und anerkennen. Aber die Sowjetunion wäre gegenwärtig besorgt, wenn Deutsche mit Tschechen oder Slowaken reden würden, wenn Ostdeutsche mit Westdeutschen reden würden. Dann würde nämlich vielleicht zu deutlich werden, daß nicht jeder in Osteuropa einverstanden ist mit der sowjetischen Besetzung von Afghanistan.

In Osteuropa ist eine Konsternation eingetreten, eine Unsicherheit, hoffentlich keine Angst. Ich kann nicht wünschen, daß es in der DDR Angst gibt. Ich kann nicht wünschen, daß es in Westeuropa oder in der Bundesrepublik Angst gibt. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Angst kann dazu führen, daß man aus lauter Angst etwas unterläßt, was nötig ist. Angst kann auch dazu führen, daß man aus lauter Angst etwas Gefährliches tut! Angst können wir nicht gebrauchen. Was wir brauchen, ist Vernunft!

Ganz abgesehen davon, daß jemand, der mit Absicht anderen Menschen Angst machen könnte, jedenfalls dann das christliche Beiwort aus seinem Firmenschild streichen sollte. Angstmachen ist nicht die Aufgabe von Christen. Aber mit dem Verstand, mit der Vernunft muß man schon arbeiten in diesen Wochen und Monaten.

Die Vernunft sagt uns, daß zum Beispiel die Ölversorgung der ganzen Welt sehr gefährdet erscheint. Es ist die Vernunft, die einem sagt, daß man dieses hohe Maß an Abhängigkeit – von Italien bis Dänemark, uns eingeschlossen, von Amerika bis Europa – von ausländischer Ölzufuhr verringern muß, wenn man hohe Beschäftigung und hohen Lebensstandard und soziale Sicherheit in unseren Industrieländern aufrechterhalten will.

Ich bin sehr stolz darauf, einer von denjenigen gewesen zu sein – der wichtigste Mann, den man in diesem Zusammenhang nennen muß, ist Walter Arendt, dazu gehörte auch die damalige sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Düsseldorf – die schon in den Sechziger Jahren nicht nur wegen der sehr gerechtfertigten sozialen Besorgnisse der Menschen in den Steinkohlenrevieren der Saar und des Eschweiler Bergwerkvereins, insbesondere aber der Ruhr, gesagt haben, die Kohle darf nicht absaufen. Wir haben das ebenso deshalb getan, weil wir uns nicht völlig in die Hand des Auslandes begeben dürfen, was die Energieversorgung angeht.

Es gibt ja schlaue Leute, der Herr Biedenkopf ist einer von denen, die wollen alle Subventionen abschaffen. Ich bin stolz darauf, daß wir als Verbraucher, als Steuerzahler, die Steinkohle jedes Jahr mit sechs Milliarden subventionieren. Wenn wir dies nicht gemacht hätten, dann müßten wir heute Angst haben, was die Energieversorgung angeht. Wir müssen sehen, daß wir in Zukunft noch weiter wegkommen vom Öl. Wir müssen das Öl fast überall durch andere Energieträger ersetzen. Dabei steht unsere einheimische Kohle, die Steinkohle und die Braunkohle, im Vordergrund.

Aber es hat keinen Zweck, sich einzureden, daß dies allein auf die Dauer ausreichen wird. Alle Energieträger, die technisch, sicherheitsmäßig und wirtschaftlich zur Verfügung stehen, werden wir nutzen müssen.

Ich will etwas zur Steinkohle sagen: Wir sind jetzt dabei – und Ihr habt in Eurem nordrhein-westfälischen Landtagswahlprogramm daraus mit Recht einen Schwerpunkt gemacht – schließlich ist NRW das Land der Kohle! –, nicht nur darüber zu reden, daß die Kohle Vorrang haben soll, sondern das auch zu machen. Das heißt nicht nur Kohlekraftwerke, das heißt auch Veredelung der Kohle durch Verflüssigung, durch Vergasung. Nicht in den alten Verfahren, sondern in den modernen von heute, die wirtschaftlicher sind.

Das kostet erstmal Investitionen. Auch die Produktion wird zunächst nicht sehr billig sein. Drittens kostet es Umweltbelastungen. Ich will das hier deutlich sagen. Ich sage an die Adresse der Unternehmensführung dieses Landes und der Kommunalpolitiker und ich hoffe, ich brauche es an die Adresse der Landesdelegierten nicht ausdrücklich zu richten: Der Vorrang der Kohle darf hinterher, wenn es dann ans Eingemachte geht – ob man hier ein Kohleverflüssigungswerk hinbaut, ob man dort ein Kohlevergasungswerk hinbaut, ob man an der dritten Stelle ein Kohlekraftwerk hinbaut – nicht an Kirchturmspolitik scheitern, sonst sind wir alle miteinander gescheitert. Es ist ja nicht so, daß nur die Genehmi-

gung von Kernkraftwerken in Deutschland an den Gerichten behindert würde, es ist mit den Steinkohlekraftwerken nicht anders.

Ich sehe diese ganz grünen und bunten Bürgerparteien und andere Splitterparteien, auch die vier oder fünf kommunistischen Gruppen, die es hier bei uns gibt. Die werden im Laufe des Jahres alle zusammen bei weniger als drei Prozent landen. Das Volk merkt nämlich, daß es keinen Sinn hat, nur einer einzigen Idee nachzulaufen, sondern daß die Friedenspolitik auf der einen, oder die Energiepolitik auf der anderen Seite, sehr kompliziert sind, daß man auch dafür Konzepte haben muß und daß jede Politik Kompromisse und Kompromißwilligkeit verlangt.

Zum Beispiel verlangt die Schwergewichtsverlagerung auf die eigene Kohle vernünftige, für die Zukunft tragbare, tragfähige Kompromisse mit der Umweltschutzpolitik. Da wird nämlich sehr viel mehr SO₂ und Staub freigesetzt, auch bei modernsten Verfahren, als bei normalem Betriebsablauf in einem Kernkraftwerk frei wird. Das muß man nun aber auch in Kauf nehmen. Es hat keinen Zweck, noch vier Jahre lang Gutachten gegeneinander zu stellen, ehe die erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein neues Kohlekraftwerk gegeben wird. Möglicherweise ist dann in vier Jahren das Öl so knapp, daß es zu spät ist, wenn man dann das Werk erst zu bauen anfängt. Und falls das Öl knapp wird, so heißt das, daß in vielen, vielen Millionen Wohnungen in Deutschland die Ölheizungen plötzlich nicht mehr voll laufen werden. Alle werden ihre Heizlüfter in die Steckdose stecken und dann wollen alle plötzlich mehr Strom haben. Hoffentlich gibt es dann genug davon.

Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß der Umweltschutz todernt genommen werden muß, aber er ist nicht das oberste Gesetz unseres Lebens. So wenig wie man in der Außenpolitik mit Umweltschutz Friedenspolitik betreiben kann, so wenig kann man im Inneren eine hohe Beschäftigung und einen stetigen Lebensstandard allein nur mit Umweltschutz zustandebringen. Deswegen ist es Unsinn, den Umweltschutz zum alleinigen Gesetz erheben zu wollen. Das spüren die Arbeitnehmer viel mehr, als manche Intellektuelle das spüren.

Ich sagte Euch: Kommunisten, Bürgerpartei, Umweltschützer, das bleibt alles zusammen unter drei Prozent in der Bundestagswahl; hoffentlich aber auch schon hier in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl! Hoffentlich bringt Ihr es fertig, den Menschen klarzumachen: wer grün wählt, der schafft in Wirklichkeit den Raum, in dem Biedenkopf und Strauß sich ausbreiten können.

Ich habe mich hier zu bedanken vor der nordrhein-westfälischen Partei, vor einer großen Zahl nordrhein-westfälischer Delegierter zum Bundesparteitag für die Hilfe, die ich in mehreren Fragen auf dem Bundesparteitag bekommen und sehr deutlich empfunden habe. Es hat auch zwischen der nordrhein-westfälischen Landesregierung, der politischen Führung der Partei hier in NRW und dem, was wir in Bonn tun, nie einen Zwiespalt gegeben.

Wenn es diese enge Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Bundesregierung oder zwischen Landespartei, den vier Bezirken und der Bundespartei in wichtigen Fragen nicht gegeben hätte, dann ginge es uns allen in Deutschland schlechter, sowohl nach außen, als auch im Inneren. Wenn in Zukunft in Düsseldorf eine Landesregierung ferngesteuert durch die CSU — unter der äußeren Führung des Herrn Köppler, unter der wirklichen Führung des Herrn Biedenkopf — die Befugnisse der heutigen Landesregierung übernehme, so würden die äußeren wie die inneren Aufgaben der Bundesregierung sehr, sehr schwierig und manches würde nicht mehr vernünftig gehen. Die Bundesregierung, die sozial-liberale Koalition in Bonn. Wir sind darauf angewiesen, daß die Landesregierung in Düsseldorf von der gleichen sozialliberalen Koalition getragen wird. Das gilt auch für die Energiepolitik.

Ich erkenne an, daß diese Landesregierung ernst macht mit dem Vorrang der Kohle. Ich erkenne an, daß sie auch ernst macht damit, daß man nicht, wenn man sich dies zum Programm gemacht hat, gleichzeitig alles andere wegwerfen darf. Ich erkenne ausdrücklich die wichtigen Vorleistungen auf dem Felde der Kernenergie an, die Bereitschaft, ein Zwischenlager zu bauen. Ich erkenne an, man weiß, daß erst nach langer Frist entschieden werden kann, ob die Technologie des Schnellen Brütters notwendig und nützlich ist, oder ob sie beiseitegeschoben wird. Die Landesregierung hilft uns, diese Option gegenwärtig offenzuhalten. Wenn der Kanzlerkandidat der CSU mit demselben Mut wie die Düsseldorfer Regierung in bezug auf ein Zwischenlager in Bayern auftreten würde, wäre er für mich etwas glaubwürdiger. Ich finde es auch richtig, wenn hier gesagt wird, die Landesregierung von Johannes Rau werde über neue Genehmigungen für Kernkraftwerke erst dann entscheiden, wenn die genehmigten Kohlekraftwerke gebaut sind und wenn sich herausstellt, daß man die anderen dann noch braucht.

Wenn Ihr dann wieder gewählt sein werdet, liebe Freunde, dann wird es ganz wesentlich darauf ankommen, den Vorrang der Kohle auch in die Tat umzusetzen. Es wird darum gehen, all die vielen schwierigen Fragen, wie die Umweltschutzinteressen der unmittelbar anwohnenden Bürger ebenso wie das Gemeininteresse der Versorgung mit Energie für die Gesamtheit, das Umweltschutzinteresse einer Siedlung ebenso wie das Arbeitsplatzinteresse anderer, nicht nur rechtlich abzuwägen, sondern auch schnell abzuwägen.

Die ganze Weltwirtschaft ist überschattet von dem Risiko der Öl- und Energieversorgung. Um eine Zahl zu sagen: Wir Deutschen haben im letzten Jahr 1979 für importiertes Rohöl 40 Milliarden Mark bezahlt, in diesem Jahr 1980 werden es mindestens 65 Milliarden Mark, also 25 Milliarden Mark mehr sein.

25 Milliarden Mark weniger Volkseinkommen bei uns sind 25 Milliarden Mark mehr Volkseinkommen in den Ölländern. Kein Trick der Welt kann das mehr ändern! Das müssen wir ertragen. Wir können das ertragen, denn wir schaffen ja in diesem Jahr mehr Volkseinkommen als im vorigen. Leider Gottes haben wir nicht ganz soviel Nutzen davon als wenn wir den alten Ölpreis noch bezahlen bräuchten. Wir werden immer noch ein bißchen mehr haben: für uns alle, für die Rentner. Aber es gibt Länder auf der Welt, die können diese enorme Steigerung des Ölpreises überhaupt nicht bezahlen, zum Beispiel unser Bündnispartner Türkei. Alles was die Türken exportieren — angefangen bei den Korinthen und Rosinen und aufgehört bei ihren sehr schönen Teppichen — reicht nicht aus, um bei den heutigen Ölpreisen wenigstens soviel Öl bezahlen zu können, daß damit ihre Industrie und ihre Verkehrssysteme voll laufen können. Auch aus diesem Grund werden wir in diesem Jahr der Türkei mit großen finanziellen Beträgen helfen. Wir werden Pakistan helfen müssen, an deren Grenzen sich das afghanische Drama abspielt, und den Tausenden von Flüchtlingen, die von Afghanistan nach Pakistan übergehen. Wir haben schon im Haushalt 1980 die Entwicklungshilfe enorm gesteigert, weit über das Maß der übrigen Haushalte hinaus. Wir werden sie nochmal steigern. Auch das kostet uns Volkseinkommen. Wenn wir die Mittel statt in die Entwicklungshilfe in die Zuschüsse zur Rentenversorgung und zur Knappschafft stecken könnten, so wäre klar, daß das zum eigenen Volkseinkommen unmittelbar beitrüge.

Ich sehe der Entwicklung mit Zuversicht entgegen, denn im Grunde ist unsere Wirtschaft auf einem guten Stand. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit sechs Jahren, wir haben im Jahre 1979 340 000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Gleichzeitig sind wir im europäischen Vergleich mit unseren realen Nettolöhnen, mit unseren realen Netto-Renten — bei den Renten ist ja brutto gleich netto — in der Spitzengruppe Europas und der ganzen Welt. Wir haben wirklich viel erreicht. Die Auftragsbücher bei den meisten Industrieunternehmen sind voll. Wir werden auch im Jahre 1980 einen

schönen Zuwachs erreichen. Deswegen wird trotz der Ölpreise und trotz der sehr viel größeren Entwicklungshilfe unser Volkseinkommen und das Einkommen für den einzelnen Menschen nicht zurückgehen, es wird vielmehr wiederum ein bißchen steigen. So wie es im Laufe der 30 Jahre seit der Währungsreform mal mehr, mal weniger gestiegen ist, so wird es auch diesmal wiederum steigen. Wenn Schwarzmalter und Angstmacher der CSU oder der CDU so tun wollen, als ob die Wirtschaft bei uns schlecht lief, dann soll man die mal an der Hand nehmen und sie in ein paar andere Länder rundum führen. Ich rede nicht von den Staaten im Osten.

Und wenn jener famose Generalsekretär der CSU, der Partei des Kanzlerkandidaten, der Ansicht ist, man müsse die Gewerkschaften angreifen, dann muß man sich fragen, wie kommt es eigentlich, daß wir wirtschaftlich in den letzten zehn Jahren besser gefahren sind als andere. Uns alle hat doch die selbe Ölkrise und die selbe Weltwirtschaftskrise getroffen. Wir sind nicht fleißiger oder tüchtiger als andere Völker. Das ist Kappes. Aber wir haben eine ganz andere Gewerkschaftsstruktur. Hier gibt es nicht drei Gewerkschaftsbünde, die sich in jedem Betrieb gegenseitig in die Kniekehlen treten. Hier gibt es eine Einheitsgewerkschaft. Die ist sehr stark. Jeder weiß auch, daß sie stark ist. Sie muß zwar ihre Stärke auch mal zeigen, aber sie braucht nicht alle halbe Jahre zu streiken, aufzumarschieren und Transparente vorzuzeigen.

Gestützt auf ihre Stärke kann sie verhandeln. Sie hat in der Verhandlung Gewicht. Jedes Jahr hat sie was rausgeholt. Sie hat nie die Kühe geschlachtet, denn die sollen ja nächstes Jahr wieder gemolken werden. Und übernächstes Jahr sollen sie noch ein bißchen mehr Milch geben als nächstes Jahr. Sie hat insgesamt für die deutschen Arbeitnehmer in 30 Jahren sehr viel mehr rausgeholt als andere Gewerkschaftsorganisationen in anderen Ländern, wo die christlichen Gewerkschaften die Kommunisten links und die kommunistischen Gewerkschaften die Sozialdemokraten rechts überholen wollen; sie haben gestreikt und demonstriert. Bloß den realen Nettolohn, den sie rausgeholt haben, den vergleicht mal mit dem, was wir hier in Bochum haben. Und so hat die gewerkschaftliche Stärke eben auch die Unternehmensleitungen jedes Jahr gezwungen, modernere Produktionsmethoden, rationalere oder neue Produkte, bessere Organisationsformen, bessere Verkaufssysteme und besseres Marketing einzuführen. Dieser Druck war es, der die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft immer wieder erhöht hat.

Ein Drittel von Euch lebt vom Export, davon, daß wir auf fremden Märkten in der Welt unsere Produkte verkaufen können. Daß wir uns durchsetzen können gegen Produkte aus Ländern mit viel niedrigeren Löhnen, mit einem viel schlechteren Sozialsystem, wo viel weniger Lohn-Kosten, viel weniger Sozialkosten auf dem Produkt liegen. Trotzdem können wir unsere Produkte fast überall verkaufen, weil sie moderner, weil sie besser sind. Nicht weil wir tüchtiger sind, sondern weil wir ein besseres Gewerkschaftssystem haben. Und wenn diese famosen Professoren der CDU uns erzählen, die Einheitsgewerkschaft müsse angegriffen, müsse schwach gemacht werden, die Lohnkosten müßten gesenkt werden, so darf man sie nicht ranlassen. Solche Leute wissen nicht, wovon sie reden. Sie sind zu intelligent, um klug zu sein.

Die sollen sich mal fragen, wie es eigentlich kommt, daß die Großkapitalisten in der ganzen Welt, an der Börse von Tokio, Zürich, London oder New York, D-Mark haben wollen. Sie haben nämlich alle Vertrauen in unsere Wirtschaft und unsere Währung. Sie könnten ja auch in andere Währungen gehen, aber das tun die nicht.

Die Einheitsgewerkschaft, zu der wir Sozialdemokraten uns bekennen, hat auch noch eine andere große Aufgabe. Humanisierung des Arbeitslebens, Humanisierung des einzelnen Arbeitsplatzes, Arbeitszeit und Urlaub, alles das wird bei uns durch Gewerkschaften geregelt, durch Vertrag mit dem Tarifpartner.

Ich kenne viele Staaten, auch in der westlichen Welt, wo viele dieser Dinge durch den Staat geregelt werden. Ich warne davor. Alles durch den Staat regeln zu wollen, das hört sich zwar gut an. In Wirklichkeit brauchen aber die Gewerkschaften ein eigenes Arbeits- und Kampffeld, auf dem sie sich durchsetzen, damit die Arbeitnehmer erleben, daß sie ihrer Gewerkschaft verdanken, was sich in ihrem sozialen Leben bessert, und nicht irgendeiner anonymen Bürokratie.

Es gibt andere Bereiche, in denen muß wirklich der Staat handeln. Dazu gehört die Schule. Wir Sozialdemokraten haben immer gewußt, daß man die Schule nicht privat organisieren kann, auch nicht als Gewerkschaft. Privatschulen waren nie unsere erste Wahl, schon unsere Großväter haben gewußt, daß nur staatliche Schulen für jedermann gleiche Bildungschancen eröffnen. Und wir wissen es auch. Ich finde, bei allen Auseinandersetzungen, die es darüber gibt, könnt Ihr eigentlich in Nordrhein-Westfalen eine Menge Gutes vorzeigen. Man sollte das Licht nicht unter den Scheffel stellen. Hier ist im Zuge dieser zwölf oder fünfzehn Bildungsreformjahre tatsächlich sehr viel verbessert worden.

Man muß aufpassen, daß man Streitigkeiten um Schulformen nicht zu einem Glaubenskrieg macht. Ich denke: so wie die Gesamtschule in der ganzen Welt, in Nordamerika und Westeuropa, längst etwas Selbstverständliches ist, so wird es bald bei uns in Deutschland auch sein. Die CDU wird immer ein bißchen hinterher marschieren, aber sie werden es schließlich auch lernen. Dann werden sie später nicht mehr davon reden. Genauso wie sie heute nicht mehr davon reden, daß sie noch Anfang der Sechziger Jahre hier in Nordrhein-Westfalen einklassige Zwergschulen gebaut haben.

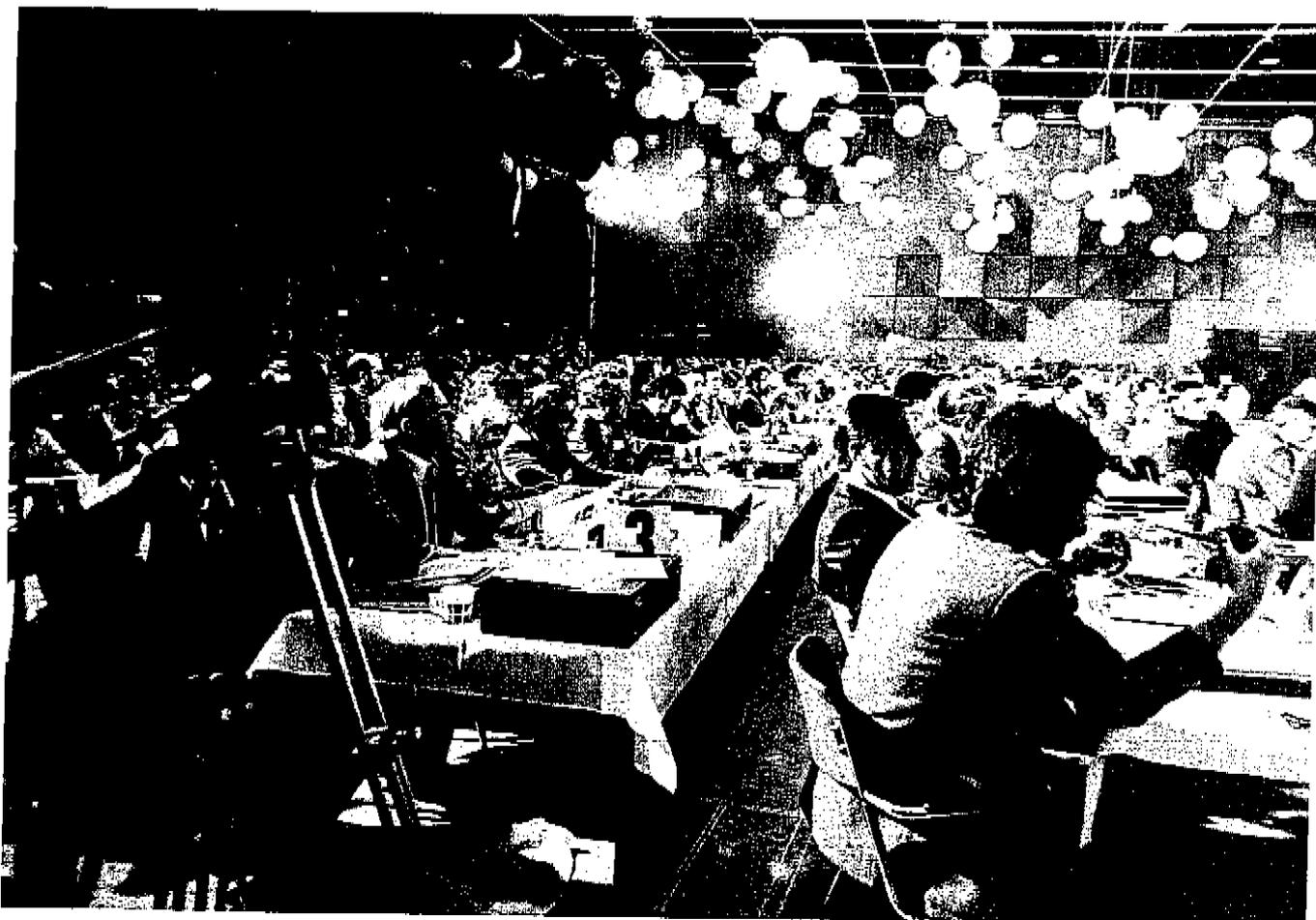
Aber Ihr müßt aufpassen, daß niemand unter Druck gerät. Ich jedenfalls würde als Sozialdemokrat in allen Zweifelsfragen immer alle Kraft daran setzen, daß eines verwirklicht wird: die Eltern müssen entscheiden und nicht jemand anders! Übrigens: nicht die Kirchen sind die Eltern und nicht die Parlamente, sondern die Eltern sind die Eltern!

In dem Zusammenhang eine Bitte zur Bildung: zur Bildung unserer jungen Menschen gehört die fachliche, die gewerbliche, die berufliche Ausbildung. Paßt auf, daß man sich nicht nur alle Mühe gibt, für die Jungen Lehrstellen und Ausbildungsplätze zu finden. Die Entscheidung über die Berufsausbildung der jungen Mädchen bedarf mindestens der selben Sorgfalt. Es gibt die Tendenz, die Mädchen zu vernachlässigen. Wenn ein junges Mädchen mit fünfzehn oder sechzehn aus der Schule kommt und gut gewachsen ist, so sagt man manchmal, sie wird ja doch eines Tages heiraten, laß' sie ruhig als ungelernete Verkäuferin arbeiten, da verdient sie wenigstens gleich Geld. Aber das ist ganz falsch! Denn sie wird sich später von dieser Fehlentscheidung nicht erholen können. Die Gleichberechtigung der Frauen fängt an mit der Berufsausbildung im sechzehnten Lebensjahr.

Ich möchte ein Wort zur Medienpolitik einfügen. Manchmal habe ich am Wochenende Zeit, abends fern zu sehen, Nachrichten und dergleichen. Ich fürchte, im Fernsehen ist zu viel Gewalt-Darstellung!

Die Kinder und die Jugendlichen sitzen viel zu lange vorm Fernsehen. Es gibt manche jungen Leute, die meinen, daß, was sie in der Schule, im Beruf, oder im Fußballclub erleben, das sei alles ganz schön. Aber das eigentliche Leben, das sähen sie auf der Mattscheibe. Daß damit in den Köpfen eine ganz falsche Vorstellung von dem erzeugt wird, was wirklich ist, das macht mir Sorgen.

Bei jungen Menschen – und auch, wollen wir doch einmal ehrlich sein – bei vielen von uns, ist es doch so, daß man in der Wohnküche sitzt, der eine hat sein Bier vor sich und die Frau häkelt ein bißchen – man guckt in die Röhre und redet nicht miteinander. Es gibt



schon Familien mit zwei Fernsehgeräten; es gibt sogar schon welche, wo der Junge im Keller noch ein drittes hat. Jeder sieht ein anderes Programm, und keiner redet mehr mit dem anderen. Ich frage mich, ob das gut ist. Familienpolitik ist nicht nur eine Sache von Steuerveränderung und Kindergeld, es muß auch Sinn für die Familie geben.

Der CDU ist es ziemlich egal, die macht zwar Reklame mit familienpolitischen Überschriften, sie möchte aber im übrigen das Fernsehen in ihre Hand kriegen. Dann wird Ministerpräsident Albrecht vielleicht die Verkaufskünste, die er bei Bahlsen-Keks gelernt hat, in seine niedersächsische eigene Fernsehanstalt einbringen. Er möchte sie ja am liebsten in private Hände gehen lassen — das wollte Adenauer schon, heute vor zwanzig Jahren. Durch das Adenauer-Fernsehen wollte man 1961 das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem aufbrechen und es durch ein privates, kommerzialisierendes Fernsehen ersetzen.

Für das Niveau solcher Fernsehsendungen bestehen Gefahren. Es wird ja von denjenigen Firmen finanziert, die ihre Werbung unterbringen wollen. Die Werbesendungen wird man in Programme geben, bei denen man möglichst viele Zuschauer hat. Also muß das Programm entsprechend reißerisch aufgemacht sein. Außerdem wird sich ein privatwirtschaftliches Programm möglicherweise in der politischen Linie nicht sehr von der politischen Linie anderer großer Medienkonzerne unterscheiden, die bisher schon im Zeitungswesen marktbeherrschende Stellungen innehatten!

Wir sind dafür, die öffentlich-rechtliche Struktur der Medien Fernsehen und Rundfunk zu erhalten. Auch deswegen muß die Sozialdemokratische Partei stark bleiben. Man darf sich nicht in die Ecke manövrieren lassen! Ich habe hier einen Bericht aus einer CDU-

Zeitschrift — „Sonde“ heißt die —, über die Art und Weise, wie die CSU und CDU die Wahlkämpfe des Jahres 1980 gewinnen wollen. „Im Kopf-an-Kopf-Rennen entscheidet das Fernsehen die Wahl“, so heißt es da. „Die Union muß 1980 den Wahlkampf im Fernsehen gewinnen.“

Die wollen das schon lange. Adenauer wußte das schon, Lenz wußte das schon. Deswegen die Angriffe gegen Eure Rundfunkanstalt — den WDR — von Herrn Windelen, von Herrn Biedenkopf, von Herrn Köppler.

Es gibt eine ganze Menge Menschen in den Rundfunkhäusern, die lassen sich ins Bockshorn jagen. Hier muß man ein wenig mit öffentlich hörbarem Zuspruch helfen. Die Auseinandersetzung über die Rundfunk- und Fernsehfrage darf nicht so gehen, wie es manchmal bei uns in den Betriebsversammlungen geht. Die alten, gestandenen Sozialdemokraten lassen die wüsten Radikalen oder die Kommunisten reden und denken, die da oben, die werden schon damit fertig werden, ich brauche mich ja nicht zu rühren. So ist es doch! Man muß aber sein eigenes Wort hörbar machen, auch in der Fernsehausinandersetzung! Ich bin dankbar, daß das von Euch aus auch geschieht.

Die Opposition und wir, wir unterscheiden uns auf vielen Feldern. Der Hauptunterschied liegt in der inneren Einstellung zu der Aufgabe des äußeren Friedens. Der Friede wird nicht mit großen, bramarbassierenden Reden bewahrt! Er bedarf mühsamer Anwendung von Vernunft! Und er bedarf der Selbstdisziplin!

Zweitens: die soziale Gerechtigkeit. Die wird nicht verkündet, die wird gemacht. Wenn im Bundesrat jemand die alten Kindersteuerbefreiungen durch die Hintertür wieder einführen möchte, die dafür

sorgten, daß die Kinder von einem, der viel verdiente und viel Steuern zahlte, einen größeren Bonus hatten als die Kinder eines anderen, der nur wenig Steuern zahlen muß, der zeigt, was von seiner Einstellung zur sozialen Gerechtigkeit zu halten ist. Das muß unter die Leute gebracht werden! Die Menschen verstehen, was das für einer ist.

Jemand der aus der Schule einen quasi religiösen Glaubenskrieg machen will, jemand, der gestern noch nach Chile gereist ist zu einem Militärdiktator, der vorgestern gesagt hat, die südafrikanische Apartheidspolitik sei richtig und vernünftig, der vorgestern zur Militärdiktatur in Portugal reiste und shake hands machte und den Tag davor zur Militärdiktatur in Griechenland, der heute als realistischer Entspannungspolitiker dastehen möchte, das ist keiner, auf dessen Stetigkeit man bauen darf!

Der Mann ist von Beruf ein studierter Geschichtslehrer. Aber das führt nicht dazu, daß er seine politischen Freunde, seine Partei, dazu bringt, aus der Geschichte zu lernen. Im Gegenteil: sie möchten am liebsten die Geschichte manipulieren. Der von der CSU erfundene Vergleich der deutschen Sozialdemokratie mit Adolf Hitlers Nationalsozialismus war nicht nur eine Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen um 180 Grad, er war darüberhinaus eine Infamie.

Man muß sich damit auseinandersetzen, damit nicht die ganze Geschichte, auch die der Bundesrepublik, verdreht wird. Wir haben Reallöhne und Realrentensteigerungen zustandegebracht, die es zuvor nicht gegeben hat. Ich kann mich erinnern wie das Mitte der Sechziger Jahre war. Geschichtliche Tatsache ist, daß der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard die damalige Wirtschaftskrise und Rezession nicht meistern konnte, obwohl Wirtschaftspolitik sein Fachgebiet war. Außenpolitisch hatte er sich 1966 gleichermaßen mit Amerika und mit Frankreich überworfen.

Als dann die Sozialdemokraten mit ran mußten, um in der großen Koalition die Karre aus dem Dreck zu ziehen, gab es eine Regierungserklärung. Die bewahre ich immer auf. Da hat nämlich der damalige Bundeskanzler Kiesinger im Dezember 1966 gesagt: „... der Bildung dieser Bundesregierung, in deren Namen ich die Ehre habe zu Ihnen zu sprechen, ist eine lange schwelende Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen.“ Eine lange schwelende Krise über Jahre. Das war eine CDU-Regierung, von der Kiesinger sprach. Es war ein CDU-Mann, der hier sprach. Wenn jetzt Herr Biedenkopf, Herr Köppler oder Herr Strauß vorbeikommen und sagen, wir hätten verdorben, was sie alles prima hinterlassen haben, so beweist Kiesingers Zeugnis, daß das falsch ist. Das Gegenteil ist eher richtig.

Und wenn sie gleichzeitig gegenüber dem Publikum so tun, als ob sie gemeinsam mit uns heute in der Stunde der Besorgnis Außenpolitik und Sicherheitspolitik machen wollen, dann muß man auch das richtig auseinandernehmen. Natürlich wäre es eine gute Sache für unser Land, für die Nachbarn und für den Frieden, wenn dieses Angebot zur Zusammenarbeit, wie es Herr Strauß versprochen hat, so gemeint wäre, daß wir in allen wichtigen Fragen der Erhaltung des Friedens am selben Strang zögen. Wenn das die ganze Welt sehen könnte, dann würden wir noch etwas stärkeren Einfluß auf die Erhaltung des Friedens haben.

Wenn aber gemeint ist, daß wir, damit diese Gemeinsamkeit durch die CDU oder CSU zustandekommt, einen Preis bezahlen müssen oder wenn gleichzeitig versucht wird, sozialdemokratische Führungspersonlichkeiten wie Brandt oder Bahr oder Wehner oder Schmidt herabzusetzen, dann entblättert sich dieses sogenannte Gemeinsamkeitsangebot sehr schnell.

Wieviel Mut die Sozialdemokratische Partei hat, schwierige Probleme mit sich selbst auszutragen, hat der Berliner Parteitag sowohl in der Energiefrage als auch in der Frage der äußeren Sicherheit bewiesen. Es hat in der deutschen Nachkriegsgeschichte

überhaupt noch keine politische Partei fertiggebracht, so sachlich und so öffentlich mit sich selbst zu debattieren und dann auch zu klaren Beschlüssen zu kommen wie die unserige. Davon können sich viele in der Christlich Demokratischen Union eine Scheibe abschneiden. Wir jedenfalls werden uns nicht von ihrer Scharfmacherei, von ihrer Angstmacherei anstecken lassen, aber auch nicht von fälschlichen, oberflächlichen, nicht ernst gemeinten Gemeinsamkeitsangeboten.

Für Herrn Strauß wird die Sache schwierig. Er möchte den deutschen Wählerinnen und Wählern im Fernsehen den Eindruck machen, daß er sich nun inzwischen an die außenpolitische Vernunft, an die staatsmännische Verantwortung der Bundesregierung anpaßt. Er redet ja inzwischen ganz anders als Wörner und Dregger und Kohl. Er redet inzwischen auch ganz anders als er selbst noch vor Wochen geredet hat. Er hat gesehen, daß seine aufgeregten Reden nicht ankommen. Er wird bald in eine Identitätskrise geraten, denn seine eigentlichen, überzeugten Anhänger, die merken ja inzwischen, daß das ein anderer Strauß geworden ist. Aber die brauchen keine Angst zu haben; denn in Wirklichkeit wird der Mann gar nicht anders. Das bleibt immer der selbe Strauß!

Herbert Wehner hat zu den Gemeinsamkeitsangeboten vor ein paar Tagen geschrieben: „Dahinter verbirgt sich die durchsichtige parteipolitisch motivierte Absicht, Keile zu treiben zwischen die SPD und den von ihr getragenen Bundeskanzler“. Ich sehe das ähnlich. Wenn man sich auf irgendwas in unserer Partei verlassen kann, dann auf Onkel Herberts politischen Instinkt.

Ich habe über Herrn Biedenkopf vorhin einige Bemerkungen gemacht. Ich will über Herrn Köppler nichts sagen, was ihm zunahe-tritt. Es ist offensichtlich, daß sie mit dem einen Köppler nicht mehr glauben auszukommen, da haben sie nach dem Strohalm Biedenkopf gegriffen. Der hatte zuerst ein paar Jahre lang alle seine Aktien auf Herrn Kohl gesetzt. Jetzt hat er sie auf Herrn Strauß gesetzt. Er handelt je nachdem: wie es gerade innerhalb der CDU/CSU mehr Erfolg zu versprechen scheint. Nichts als ein Irrlicht ist er. Er muß im Interesse der Arbeitnehmer auseinandergenommen werden!

Ich habe gehört, daß der CSU-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen 24 Versammlungen machen will. Offenbar glauben die nicht, daß Köppler und Biedenkopf allein ausreichen. Ich finde das ganz gut mit den 24 Versammlungen: da wird jedenfalls dem letzten klar werden, worum es hier wirklich geht. Es ist eine Vorbereitung für Strauß, und es soll seine Testwahl für den Bundestag sein. Wenn er in Bayern wirklich nicht soviel Arbeit hat, daß er 24 mal bei Euch auftreten kann – ich kann nicht 24 mal auftreten, muß ich Euch bekennen, es wird sehr viel weniger sein, ich habe noch so ein kleines Geschäft in Bonn! – aber wenn Herr Strauß hier so häufig auftreten kann, dann ist es vielleicht ganz gut. Weil nämlich die Leute sehen, daß es der CDU in dem Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen darum geht, sich eine Ausgangsposition für den erhofften Machtwechsel in Bonn, den Machtwechsel im Großen zu schaffen.

Aber uns Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen geht es darum, für das Land Nordrhein-Westfalen Politik zu machen und dabei gleichzeitig zu wissen, daß dieses Land sich nicht gut entwickeln kann, wenn es nicht Hand in Hand mit der Bundesregierung zieht. Weil die Energiepolitik nicht taugt, ohne daß Bundesregierung und Landesregierung zusammenziehen. Weil die Sozialpolitik nicht taugt, wenn beide nicht zusammenziehen. Weil die ganze Außen- und Friedenspolitik nicht läuft, wenn die Regierungen in Bonn und in Düsseldorf nicht zusammenziehen, am selben Strang ziehen, in der selben Richtung ziehen!

In allen diesen Punkten habe ich zu Johannes Rau und zu den führenden Frauen und Männern der nordrheinwestfälischen Sozial-

demokratie ein großes Vertrauen. Nicht nur ein politisches Vertrauen, sondern auch persönliches Vertrauen!

Johannes Rau ist ein ausgleichender Mann, ein besonnener Mann. Aber ich habe das Gefühl, einige haben sich schon einmal in ihm getäuscht; denn er kann auch recht unbequem sein. Ich will Dich nicht scharf angucken, Johannes, Du warst nämlich nicht der einzige, aber wenn ich mich an die Diskussion der Lohnsummensteuer erinnere, so weiß ich, daß Du auch zäh und unangenehm sein kannst. Das muß auch mal sein. Bei alledem hat der Hannes Rau auch noch eine ganz schöne Portion Humor und Witz, von der andere, auch ich, gern profitieren, wenn es mal nötig ist, eine Situation zu entspannen.

Aus der Sicht des Bundeskanzlers, der mit elf Ministerpräsidenten zu tun hat, bin ich mit Johannes Rau sehr gut bedient und habe das Gefühl, Ihr müßt Euch eigentlich auch sehr gut bedient fühlen! Nordrhein-Westfalen ist gut bedient mit diesem Mann und mit denen, die da links und rechts um ihn stehen und mit ihm arbeiten: dem Diether Posser, dem Friedhelm Färthmann und den anderen. Euch allen möchte ich sagen: wir brauchen Euch auch in Zukunft im Bundesrat! Wir brauchen Eure Koalition in Düsseldorf!

Wir sind umgekehrt aber auf unserer Seite auch durchaus bereit, Euch zu helfen, wo wir das können. Das hat sich z. B. in der eben erwähnten Steuerdiskussion gezeigt. Vielleicht darf ich ein aktuel-

les Beispiel hinzufügen. Der eine oder andere mag denken, daß es nicht ganz so wichtig ist, aber ich weiß einige Zehntausende, für die es sehr wichtig ist. Ich war vor ein paar Wochen oder Monaten auf dem Bezirksparteitag in Recklinghausen und hab dort von den Problemen gehört, die es bei Hoesch gab. Inzwischen kann ich mit einigem Stolz sagen, daß das, was ich damals im Prinzip versprochen habe, nun konkret in die Tat umgesetzt worden ist; wir haben von Bonn aus geholfen. Das werden wir auch bei der großen Aufgabe tun, das Ruhrprogramm im Laufe der nächsten Jahre vom Programm in die Wirklichkeit zu überführen.

Ich hatte heute nicht die Aufgabe, liebe Freunde, Euch zu überzeugen, daß die Politik, die Ihr in Eurem Wahlprogramm beschlossen habt, richtig ist. Ihr hättet sie ja nicht so ausgearbeitet, wenn Ihr davon nicht überzeugt wärt. Es war auch nicht meine Aufgabe, Euch zu überzeugen, daß Johannes Rau ein guter Ministerpräsident ist. Ihr hättet ihn ja nicht hingestellt und würdet ihn da jetzt nicht wieder hinstellen, wenn Ihr davon nicht überzeugt wärt. Es ist auch nicht meine Aufgabe, Euch davon zu überzeugen, daß es gut ist, Sozialdemokrat zu sein, sondern ich bin hierher gekommen, um Euch einen Einblick in die Sorgen zu geben, die uns in Bonn gegenwärtig beschäftigen. Ich bin hierher gekommen, um Euch fühlen zu lassen, wie sehr wir wissen, daß wir auf Eure Solidarität zählen können. In schwierigen Zeiten müssen die Kumpel zusammenstehen! Ich wünsche Euch, daß Ihr zusammensteht in den nächsten Wochen. Dann werdet Ihr Erfolg haben!